Nummer 2 Duisburg, den 13. Januar 1912. Jahrgang 13

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 6gespalt. Colonelzeile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seltenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Leben ist Reichtum.

„Leben ist Reichtum, Leben mit all seinen Kräften der Freude und der Liebe." Ruskin.

An Arbeit und Mühe gleicht das neue Jahr dem alten, an innerem Gehalte kann es wachsen wenn man versteht, seine Schätze zu heben. Zwar wird es den Arbeitenden die früher nicht mehr wie das nötige Einkommen hatten, schwerlich Kisten und Kasten mit klingender Münze füllen und die Arbeit im „Schweiße des Angesichtes" nicht überflüssig machen. Aber wenn es einen lehrt, was wahre Lebensfreude ist, wen es erleben läßt, daß die Lektüre eines schönen Buches, daß ein Spaziergang in Gottes Natur, daß der Gesang eines Volksliedes, daß ein gemütliches Stündchen im Familienkreise und ein vertraulicher Gedankenaustausch mit einem guten Freunde mehr befriedigen kann, als lärmender Gassenjubel und sinnlose Unmäßigkeit, dem erscheint das Jahr 1912 reicher und lebenswerter.

Noch größeren Reichtum bietet das Leben dem, der die edlen Kräfte der Liebe in sich entdeckt. Manchen ist die Liebe nur Sinnenreiz, der kommt und geht und den innern Menschen unbefriedigt und leer läßt. Der wahren Liebe aber wohnt die Möglichkeit und Kraft zu allem Guten inne: zur Versöhnlichkeit, zur Hilfsbereitschaft, zur Stärke im Leiden, zur Selbstentäußerung. Hört einmal dem Kameraden mit ungeteilter Aufmerksamkeit zu, wenn er euch seine Unannehmlichkeiten klagt; helft dem Freunde ohne Gutue im stillen aus der Not, wenn's auch ein Opfer kostet; überrascht einmal eure Familie mit einer kleinen Aufmerksamkeit, sollte es auch eine Beschränkung der eigenen Bedürfnisse bedeuten; — und wenn einmal ein Unglück ins Haus kommt und alle bestürzt sind und rat- und tatlos dastehen, dann schluckt den eignen Schmerz um der andern willen tapfer herunter; laßt die Liebe in euch Mut und Tatkraft entwickeln, damit die Leidgebeugten bei euch Halt finden!

Wahre Liebe zeigt tausend Wege, um andere zu beglücken. Jeder ist hier zum Pfadfinder berufen, und keinem ist es verwehrt, diese Wege zu wandeln. Doch nur die Besten werden sie betreten. Diesen aber erscheint das Leben wirklich als „ein Reichtum".

Wie kommen wir weiter vorwärts?

In unserem letzten Jahresrückblick konnten wir auf die erfreuliche Tatsache hinweisen, daß wir im verflossenen Jahre allen Hindernissen und Schwierigkeiten zum Trotz wieder ein gut Stück vorangekommen sind. „Weiter vorwärts!" Das soll die Parole aller unserer Verbandsmitglieder im Jahre 1912 sein; die Parole auf die ganz besonders auch die im Laufe dieses Monats abzuhaltenden Generalversammlungen unserer Ortsgruppen und örtlichen Verwaltungsstellen eingestellt werden müssen.

Diese, laut Statut im Laufe des Monats Januar abzuhaltenden örtlichen Generalversammlungen sind durchaus nicht etwa eine nebensächliche Formsache, sondern sie sind von der größten Bedeutung für das gewerkschaftliche Leben, für den Bestand und die gesunde Weiterentwicklung einer Ortsgruppe. Eine örtliche Jahresgeneralverlung, wie sie sein soll, ist wie ein Spiegel, der das ganze gewerkschaftliche Leben der Ortsgruppe im verflossenen Jahre den einzelnen Mitgliedern in einem übersichtlichen Bilde vor Augen führt. Da ist zunächst der Termin der Generalversammlung. Ein örtlicher Vorstand, der auf seinem Posten steht, muß und kann es ermöglichen, daß die Generalversammlung schon in den ersten Wochen des Januars stattfindet. Ein örtlicher Vorstand, wie er sein soll, wird auch seinen Stolz darin sehen, daß er der Generalversammlung mit einem eingehenden

Jahresbericht

aufwarten kann. Hier ist besonders über alle die Maßnahmen zu berichten, die im vergangenen Jahre getroffen wurden, um die Zahlstelle vorwärts zu bringen. Hier soll der Vorstand namentlich Rechenschaft darüber ablegen, ob auch die Agitation in der rechten Weise betrieben worden ist, ob besonders hinsichtlich der Punkte Hausagitation, Agitation für bestimmte Branchen, Werke, Vororte oder Nachbarorte das geschehen ist, was geschehen konnte und geschehen mußte. Rechenschaft geben soll der Vorstand hier auch namentlich darüber, ob die von selbst gegebenen Situationen in der richtigen Weise für die Stärkung und Förderung unserer Bewegung am Orte ausgenutzt worden sind. Von ganz besonderer Wichtigkeit ist dann aber auch die Erörterung der Frage, ob das Vertrauensmännersystem lückenlos ausgebaut, ob hinsichtlich der Gewinnung der Jugend das nötige getan wurde und ob auch jeder einzelne Verbandskollege in der Agitation seine Pflicht und Schuldigkeit getan hat. Je nach Lage der örtlichen Verhältnisse wird bei dieser Gelegenheit auch eine ernsthafte Gewissenserforschung darüber angebracht sein, ob diejenigen Mitglieder gegnerischer Verbände, die ihrer ganzen Weltanschauung nach zu uns gehören, über das Wesen und Wirken unserer Organisation in der rechten Weise aufgeklärt worden sind.

Rechenschaft geben über seine Tätigkeit soll dann in der Generalversammlung auch der Kassierer. Der

Kassenbericht

soll den Mitgliedern ein klares Bild über die Verwendung der von ihnen geleisteten Beiträge geben, ihr Vertrauen zum Verbande festigen und etwaige Vorurteile beseitigen. Der Kassierer muß den Kollegen darum einen geordneten Jahreskassenabschluß vorlegen können. Vorbedingung dazu ist freilich, daß er im Verein mit tüchtigen Vertrauensleuten das Jahr hindurch für eine geordnete und pünktliche Beitragszahlung und Abrechnung gesorgt und auch alle die Verwaltungsaufgaben in der rechten und gewissenhaften Weise erledigt hat, die eine vom Vertrauen ihrer Mitglieder getragene Organisation von ihm verlangen muß. Gewiß sind die Anforderungen, die heute an unsere örtlichen Vorstände und namentlich auch an die Kassierer gestellt werden müssen, keineswegs geringe, aber das Geforderte ist notwendig, wenn der ganze Organismus der Organisation gesund und lebenskräftig erhalten werden soll. Der Kassierer, der so seinen Kassenbericht ordnungsmäßig erstattet, wird es auch verstehen, seinen Zahlen gewissermaßen Leben einzuhauchen. Da hat er zunächst die Gelegenheit, die Mitglieder auf die Notwendigkeit einer pünktlichen Beitragszahlung und einer diesbezüglichen Kontrolle hinzuweisen. Nicht umsonst ist unser Verband dazu übergegangen, mit Beginn des Jahres einen Farbenwechsel der Beitragsmarken vorzunehmen. Es ist dies ein notwendiges Erziehungsmittel für die säumigen Beitragszahler, welches erfahrungsgemäß nur im Interesse aller überzeugten und pflichttreuen Verbandskollegen liegt. Nur der hat billiger Weise ein Recht auf die Leistungen der Organisation, der auch seine im Statut festgelegten Pflichten gegenüber der Organisation erfüllt hat. Aber auch die Zahlen unseres weit ausgebauten Unterstützungswesens reden eine deutliche Sprache. Es muß hier immer wieder darauf hingewiesen werden, daß das Unterstützungswesen nur Nebenzweck einer gewerkschaftlichen Organisation sein kann und daß die eigentliche gewerkschaftliche Arbeit unter den nun einmal für uns in der Metallindustrie gegebenen Verhältnissen eine starke, leistungsfähige Zentralkasse zur Voraussetzung hat. So liegt also auch die echte, gewerkschaftliche Opferfreudigkeit nur im ureigensten Interesse der deutschen Metallarbeiterschaft selbst.

Eine sehr wichtige Aufgabe fällt dann aber auch den einzelnen Mitgliedern auf den örtlichen Generalversammlungen zu. Sie haben in der Aussprache im Anschlusse an die Berichte das von den Vorstandsmitgliedern gegebene Bild von der Tätigkeit der Ortsgruppe im verflossenen Jahre kritisch zu würdigen. Es ist selbstverständlich, daß diese Kritik sich streng in den Grenzen der Sachlichkeit halten muß. In diesem Falle wird sie dann aber auch sicherlich eine der Sache dienliche sein. Jedes Vorstandsmitglied, dem es ehrlich um die Förderung der Sache unseres Verbandes zu tun ist, wird alle die bei dieser Gelegenheit geäußerten Wünsche und Anregungen nur dankbar begrüßen, als ein Zeichen des regen gewerkschaftlichen Interesses unter der Mitgliedschaft. Von außerordentlicher Bedeutung für die zukünftige Entwicklung einer Zahlstelle ist dann ferner die auf der Generalversammlung vorzunehmende

Neuwahl des Vorstandes.

Es wäre total verkehrt, wollte die örtliche Mitgliedschaft diesen Punkt der Tagesordnung lediglich als Formsache betrachten und behandeln. Hängt doch gerade von der Zusammensetzung des Vorstandes das ganze gewerkschaftliche Leben, die innere und äußere Entwicklung einer Ortsgruppe ab. Persönliche Rücksichteleien sind bei dieser Gelegenheit darum am allerwenigsten am Platze. Damit soll natürlich keineswegs gesagt werden, daß nun mit dem alten Vorstand „tabula rasa" gemacht werden müsse, im Gegenteil, die örtliche Mitgliedschaft hat die Aufgabe, die in Vorschlag zu bringenden Kollegen auf ihren guten Willen und ihre Fähigkeiten hin gewissenhaft zu prüfen und demnach ihre Stimme abzugeben. Es ist ohne weiteres selbstverständlich, daß man sich bei dieser Gelegenheit diejenigen alten Vorstandsmitglieder wieder sichert, die sich auf ihrem Posten bewährt haben; ebenso selbstverständlich aber muß es für den rechten Gewerkschaftler sein, daß solche, die im verflossenen Jahre ihr Amt vernachlässigt haben, durch eifrigere und tüchtigere Kollegen ersetzt werden müssen.

Eine Ortsgruppe wird eben nur dann vorwärts kommen können, wenn die Kollegen es in der Generalversammlung verstanden haben,

den rechten Mann an die rechte Stelle

zu setzen. Der örtliche Vorsitzende muß mit den grundsätzlichen und praktischen Bestrebungen unseres Verbandes vertraut sein. Er muß auch in der Lage sein, wenigstens in etwa die Situation am Orte und die Gesamtlage unseres Verbandes zu überschauen und zu beurteilen. Er vor allen soll auch die nötige Initiative und Tatkraft entwickeln; er soll auch das Zeug haben, die Mitglieder zu tatkräftiger und eifriger Mitarbeit zu begeistern; kurz, er muß der Mann sein, dessen ganzes Sinnen und Trachten darauf gerichtet ist, das einmal Errungene zu halten und darüber hinaus an der weiteren Stärkung und Ausbreitung der Ortsgruppe zu arbeiten. Ordnungsliebe, Pünktlichkeit und Gewissenhaftigkeit sind Eigenschaften, die für den Kassierer unerläßlich sind. Er hat die Aufgabe, sowohl mit den Vertrauensmännern als auch mit der Zentrale rechtzeitig abzurechnen. Er soll auch den Mitgliedern regelmäßig eine Uebersicht über die Kassenverhältnisse geben. Vorsitzender und Kassierer zusammen haben auch dafür zu sorgen, daß die von der Zentrale geforderten statistischen Nachweise stets pünktlich fertiggestellt und abgesandt werden. Das gilt vor allem auch von der Arbeitslosenstatistik, die allmonatlich im Reichsarbeitsblatt zur Veröffentlichung gelangt. Es muß unser Stolz sein, daß wir diese Statistik wie bisher, allmonatlich von unserer Gesamtmitgliedschaft beibringen und der Oeffentlichkeit unterbreiten; es muß dies im kommenden Jahre vor allen Dingen auch gehen, ohne daß wie bisher erst eine Anzahl von Ortsgruppen seitens der Zentrale extra gemahnt werden müssen. Auch dem Schriftführer fällt in Vorstand der Ortsgruppe eine sehr wichtige Aufgabe zu. Er muß befähigt sein, in den Protokollen das Wesentliche aus den in Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen Verhandelten niederzulegen. Er muß in der Lage sein, über wichtige Versammlungen Bericht zu erstatten. Seine Aufgabe ist namentlich auch, hin und wieder im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden kleinere Berichte über wichtigere Begebenheiten auf gewerkschaftlichem Gebiet für die Tagespresse und für das Verbandsorgan zu schreiben.

Das hier von den notwendigen Eigenschaften für die Kollegen auf den genannten Posten Gesagte, gilt selbstredend auch für deren Stellvertreter und die übrigen Mitglieder des örtlichen Vorstandes. Da soll keiner gleichsam als fünftes Rad am Wagen nur nebenherlaufen. Jedem muß sein bestimmtes Arbeitsgebiet angewiesen sein. Da ist z. B. die Verwaltung der Zahlstellenbibliothek und der Vertrieb von belehrenden Schriften und Broschüren, ferner die praktische Durchführung der beschlossenen Agitationspläne, die Wiedergewinnung ausgetretener Mitglieder, die Bearbeitung der gewohnheitsmäßigen Versammlungsschwänzer und noch so manches andere Arbeitsfeld, welches eine systematische Bearbeitung verlangt.

Auf alle diese Aufgaben, soll bei der Zusammensetzung des Gesamtvorstandes die erforderliche Rücksicht genommen werden. Verstehen es die Kollegen so, den rechten Mann an die rechte Stelle zu setzen, dann wird in den einzelnen Ortsgruppen auch endlich einmal eine systematische Arbeitsteilung durchgeführt werden können, die Ueberlastung einzelner Kollegen, die bisher so manchen leidigen Mißstand für die prompte Geschäftsführung und die Vernachlässigung der Agitation in einzelnen Gruppen zur Folge hatte, wird verschwinden; die bisher stagnierenden Gruppen werden dann am Schlusse des Jahres 1912 mit Stolz darauf hinweisen dürfen, daß auch sie ihr Teil zur weiteren Stärkung und Ausbreitung unseres Verbandes beigetragen haben.

„Korrespondent" und „christliche Arbeiterdruckerei".

Unter dem Titel: „Buchdruckertarif und öffentliches Interesse" hat der Gutenbergbund eine Broschüre herausgegeben, worin dem Verband deutscher Buchdrucker seine neutrale Maske zerfetzt und unlautere Machinationen an den Pranger gestellt werden. Darüber ist das Organ dieses Verbandes, der „Korrespondent", sehr erbost. In seiner Ohnmacht richtet er die Angriffe aber nicht gegen den Inhalt der Broschüre, sondern gegen die Druckerei, wo dieselbe angefertigt wurde. Es wurmt den Korrespondent, daß das „Stegerwald-Tressertsche Pamphlet" gerade im Verlag Echo vom Niederrhein — einer „christlichen Arbeiterdruckerei", welche immer mit dem Verband auf gutem Fuße gestanden — angefertigt worden sei.

Eine ganze Spalte wird deshalb in Nr. 149 des „Korrespondent" der „christlichen Arbeiterdruckerei" Echo vom Niederrhein gewidmet. Da auch der christliche Metallarbeiterverband hierbei genannt wird, sei kurz darauf eingegangen. Langatmig wird eine Schiedsgerichtsverhandlung breitgetreten, wo der Echoverlag angeklagt war, die Gutenbergbündler bei Einstellung bevorzugt zu haben.

welches keineswegs der Fall ist. Unter dem ganzen Personal, welches aus ca. 35 Personen besteht, befinden sich nur 6 Mitglieder des Gutenbergbundes. Soweit sind wir aber glücklicherweise bei dem „herrlichen" Buchdruckertarif schon gekommen, daß eine „christliche Arbeiterdruckerei" verklagt wird, wenn sie nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch einige christlich organisierte Buchdrucker einstellt. Deshalb muß sie sich einer „notpeinlichen Schiedgerichtsverhandlung unterwerfen, wo die Herren Buchdruckerverbändler Ankläger und Richter zugleich spielen.

Nun das famose „Schiedgericht" und die Verhandlungsdomöbie. Die hat der „Korrespondent" doch nicht ganz richtig gezeichnet, wir wollen deshalb etwas nachhelfen. Marschieren da ½ Dutzend Kapazitäten des Verbandes auf, 3 als Beisitzer, der Gauvertreter als vierter scheint die Rolle des Staatsanwaltes zu übernehmen. Man sieht es den Herren an, sie fühlen sich in ihrer Würde, ihnen folgt das Heer der Herren klagenden Gehilfen. Die höhnischen, verächtlichen Blicke auf die armen Sünder der Verlagsvertreter künden, daß sie sich an einer Stelle befinden, wo die Herren sozialdemokratischen Verbändler das Heft in der Hand haben und das Wort führen. Daß auch „Arbeitgebervertreter" anwesend sind, diesen Eindruck gewinnt der Uneingeweihte nicht. Es sei denn, daß er zwei am Eck sitzende niedergedrückte Personen als Arbeitgeber ansieht, denen wohl die Sorge um den eigenen Betrieb keine Zeit läßt, sich in schwierige „Rechtsprobleme" hineinzuarbeiten. Sie geruhen deshalb auch nur, den donnernden Philippiken der Herren Verbändler wortlos zuzunicken. Ein dritter „Herr Arbeitgeber", der es scheinbar mit den Herren Verbändlern noch weniger verderben will, hatte es vorgezogen, garnicht zu erscheinen.

Nun zu den Verhandlungen. Unter Klage stand: „Entlassung von Verbändlern und Einstellung von Gutenbergbündlern". Die Herren Gehilfen marschieren auf; jeder Treck, der sich im Laufe der Jahre in einem Betriebe anhäuft, und mit der Sache gar nichts zu tun hat, wird vorgebracht; angebliche oder scheinbare Mängel der Betriebseinrichtung, die mit der Arbeiterannahme oder -Entlassung noch weniger im Zusammenhang stehen, werden in übertriebener Weise breitgetreten. Unkontrollierbare Anklagen werden vorgebracht, dieser oder jener Angestellte, der längst nicht mehr im Betriebe tätig ist, soll ausgesagt haben, alle Verbändler sollten entlassen werden usw. usw. Glücklicherweise trifft es sich, daß nicht mehr wie früher lauter Verbändler sondern auch einige Gutenbergbündler eingestellt sind; ergo: die Beweiskraft ist erbracht, den Anklagen wird Glauben beigemessen.

Die ausdrückliche Erklärung des Verlagsvertreters, daß es nicht wahr sei, daß die Verbändler entlassen werden sollen; daß der Verlag sowohl Verbändler wie Gutenbergbündler gleichwertig behandle, ist natürlich für die „Schiedsrichter" nur Luft; ebenso der Einwand, daß die meisten beschäftigten Leute ja doch Verbändler seien. Aber das von den Verbändlern beherrschte sogenannte „Schiedsgericht" ist trotzdem anderer Meinung und verkündet seine Weisheit dahingehend.

Der „Korrespondent" schreibt: „Im Gegenteil, das Schiedsgericht erkannte diese Absichten der christlichen Gewerkschaften als erwiesen an!" Wenn es sich um die großkapitalistischen Druckereibetriebe von Scherl, Mosse und Konsorten in Berlin handelt, werden wohl solche „Schiedssprüche" nicht gefällt; da können es die Verbändler anders, sollten auch ganze Arbeitergruppen, wie die daselbst beschäftigten 30 Maschinenmeister preisgegeben werden müssen. Nun aber eine Frage:

Wo sind die sozialdemokratischen Druckereien — und deren gibt es eine ganze Anzahl in Deutschland — die Gutenbergbündler oder christlich organisierte Arbeiter beschäftigen?

Gibts ja garnicht! Es existieren auch keine Schiedsgerichte, welche jene verurteilen, Gutenbergbündler einzustellen und zu beschäftigen. Daß heute kaum noch eine Druckerei vor Vertrauensbruch durch das Personal sicher ist, beweisen die vielen geheimen Schriftsätze, welche der Sozialdemokratie überbracht werden. Ein Beispiel wie Schikanen ausgeführt werden sei aus dem Choverlag angeführt: Wurde da ein wütender Sozialdemokrat als Maschinenmeister beschäftigt. Die von demselben angefertigten Flugblätter für die Zentrumspartei, wurden mit sozialdemokratischen Flugblättern vermischt. Natürlich weiß niemand von dem Personal etwas davon — auch der Maschinenmeister machte eine unschuldige Miene und will nichts wissen. Als mit Recht seitens der Geschäftsleitung ausgesprochen wird, daß dieser Schurkenstreich nur von einem im Betriebe beschäftigten ausgehen könne, wird nicht etwa der Täter zu ermitteln gesucht, sondern ein Entrüstungsrummel in Szene gesetzt, um die Geschäftsleitung ins Unrecht zu setzen. So spielen sich die Verbändler als Herren auf, die im Betriebe alles zu bestimmen haben; der Arbeitgeber hat nichts zu sagen, als daß er die Herren bei guter Laune erhält, und für die nötigen Wochenlöhne Sorge trägt. In einem Zeitungsverlag spielt jedoch das gegenseitige Vertrauen zwischen Leitung und Angestellten eine viel größere Rolle wie in jedem andern Geschäftszweig. Deshalb muß auch bei Anstellung des Personals dem Rechnung getragen werden können, ohne Rücksicht welcher Organisation der Einzelne angehört. Dem „Korrespondent" sei aber gesagt, Vorgänge, wie die hier angeführten, können dem Tarif und Schiedsgerichtswesen keine neuen Freunde gewinnen. So sehr wir den Tarif und Schiedsgerichtsgedanken vertreten, so können wir eine so weitgehende Knebelung der Gewerbe, wie sie im Buchdruckgewerbe sich vollziehen, nur für schädlich halten. Ja, jeder andere Industriezweig, welcher mit der Weltkonkurrenz zu rechnen hat, würde darunter zusammenbrechen. Nicht mehr der kleine und mittlere Druckereibesitzer kann über das Personal disponieren, sondern der sozialdemokratische Vertrauensmann des deutschen Buchdruckerverbandes. Der will darüber verfügen, wer angenommen und entlassen werden darf.

Für die christliche Arbeiterschaft würde eine Schreckenszeit beginnen, wenn solche Zustände sich im Gewerbe allgemein einbürgern sollten; das zeigt uns der Werdegang des Buchdruckertarifs und seine Auswüchse. Hoffentlich öffnet die obengenannte Broschüre recht vielen die Augen, dann wäre die Wut des „Korrespondent" nicht umsonst gewesen — und die „christliche Arbeiterdruckerei" wird sich über die Angriffe zu trösten wissen.

Sozialdemokratische „Musterleistungen" im „Musterländle".

In der Bekämpfung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung wetteifern die Großherzoglich-badischen Genossen mit den norddeutschen in Gehässigkeit und Skrupellosigkeit. Nur die „oberen" Führer sind vorsichtiger, aus taktischen Gründen. Gegenüber den herrschenden und regierenden Kreisen treten sie als salonfähige Politiker auf, zeigen sich den Wünschen einer „modernen" Bürgerschaft stets willfährig. Als Sozialdemokraten sind sie nur noch an ihrem Haß gegen das Christentum zu erkennen. In der Agitation dreschen sie schwulstige Phrasen und fordern das Blaue vom Himmel herunter, aber wo es gilt, im Landtag, in den Kommunen und den Unternehmern gegenüber spielen sie die Nachgiebigen, die Einsichtigen, da pfeifen sie auf ihre Versprechungen und die Wünsche ihrer Anhänger, nur um salonfähig zu erscheinen. Und so stimmen sie im Landtage für Steuererhöhungen, für das Budget wie für ein Gemeindewahlrecht mit dem Dreiklassensystem. In Preußen werden die Proletarier-Massen zum Kampfe gegen das „elendeste aller Wahlsysteme" aufgerufen, — in Baden stimmt die Sozialdemokratie für ein Gemeindewahlgesetz mit Dreiklasseneinteilung. Dafür nehmen die sozialdemokratischen Führer natürlich auch an den ministeriellen Festessen und Bierabenden teil. Den „unteren" Genossen gefallen diese Dinge natürlich nicht; um sie bei der Stange zu halten, müssen die Agitatoren von der zweiten bis fünften Güte ebenso hetzen und wüten wie sonstwo.

Die sozialdemokratischen Agitatoren sagen überall, wenn sie einen größeren Einfluß auf die Gesetzgebung hätten, dann würden die Gesetze sehr viel besser sein, als die von bürgerlicher Seite gemachten. Das ist natürlich leichter gesagt wie getan. In Baden haben wir den Beweis: Im badischen „Großblock" ist die Sozialdemokratie mit ihren 20 Mandaten tonangebend und hat bis jetzt noch alle ihre Wünsche durchgedrückt. Sie könnte es auch bei der Sozial- und Volksgesetzgebung, wenn — ja wenn sie ehrlich wollte und fähig dazu wäre. — Wie aber die 20 Mann starke sozialdemokratische Landtagsfraktion, die zur Zeit im badischen Landtage infolge der politischen Konstellation die einflußreichste Partei ist, die Arbeiterinteressen vertritt, möge folgendes beweisen:

Der badische Eisenbahnerverband richtete vor zwei Jahren in Gemeinschaft mit dem sozialdemokratischen süddeutschen Eisenbahnerverbande eine Petition an den Landtag. Verlangt wurde u. a. die Aufstellung eines Lohntarifs und eine von Jahr zu Jahr steigende Lohnerhöhung von 10 bis 30 Pfg. pro Tag, je nach Dienstalter. Diese Petition wurde in der Landtagskommission unter Zustimmung der Sozialdemokratie abschlägig beschieden. Die Erregung unter den Eisenbahnern gegen die Sozialdemokratie war groß. Es kommt aber noch schöner. In der Landtagssitzung vom 7. Juli 1910 fragte der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Schwall (Sekretär vom sozialdemokratischen süddeutschen Eisenbahnerverbande) bei der Regierung an, wie es mit folgendem Antrage stehe:

„Die Unterzeichneten beantragen, die Zweite Kammer wolle beschließen, allen Arbeitern in badischen Staatsbetrieben sei eine tägliche Lohnzulage von 25 Pfg. und allen Beamten mit einem Jahresgehalt bis zu 3000 M. eine jährliche Teuerungszulage von 90 M. zu gewähren."

Auf diese Anfrage gab die Regierung zur Antwort, daß ihr von diesem Antrage nichts bekannt sei. Die Eisenbahner hatten also unter der Direktive des sozialdemokratischen Eisenbahnerverbandes einen Antrag auf Verbesserung ihrer Lage gestellt, aber beiden eigenen Fraktionsgenossen keine Unterstützung dafür gefunden, sodaß er sang- und klanglos unter den Tisch fiel, ohne nur zur Beratung gelangt zu sein. „. . . . man hat den Antrag verschwinden lassen, ohne daß einer der Abgeordneten darauf Bezug genommen hätte", klagte das Organ des sozialdemokratischen süddeutschen Eisenbahnerverbandes. Dabei muß noch besonders beachtet werden, daß der Sekretär Schwall vom süddeutschen Eisenbahnerverband selbst Mitglied der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ist und mit seinen übrigen Genossen für das Budget stimmte. So wurden im Landtag des badischen „Musterländle" die Interessen der Eisenbahnarbeiter mit Füßen getreten. Nachher suchte man die Empörung der genasführten Massen in einer öffentlichen Eisenbahnerversammlung mit der Ausrede zu beschwichtigen, daß die ungünstige Finanzlage — wie salonmäßig bürgerlich — „so nachteilig auf das untere Eisenbahnpersonal einwirkt". Ein fauler Trost für Leute, denen man mit den weitgehendsten Versprechungen und hohlen Phrasen jahrelang die Köpfe verdreht hat.

Die Entrüstung über den Landtag und die Empörung über das schmachvolle Verhalten der sozialdemokratischen Landtagsgenossen schlug denn auch hohe Wellen. In einem Flugblatt des sozialdemokratischen Eisenbahnerverbandes, wurde darüber gejammert, daß die Eisenbahner „um eine Hoffnung ärmer, aber desto reicher an Enttäuschung" wären. Alles, was den Arbeitern Besserung hätte bringen können, sei kurzerhand abgelehnt worden. Viel schärfer und treffender wie die süddeutschen Eisenbahngenossen, die durch die Mitschuld ihres Sekretärs Schwall Zurückhaltung üben mußten, zog die sozialdemokratische Schmiede-Zeitung in ihrer Nr. 37/1910 vom Leder. Sie fand es unbegreiflich, wie der Abg.

Die Gmünder Edelmetallindustrie.

Von Gewerbelehrer Ludw. Schwenk.

II.

Um dem Metall gemäß seinem hohen Wert den letzten Glanz zu geben, ist dessen Politur erforderlich. Dies wird meist von weiblichen Arbeitskräften besorgt, den Polisseusen. Die Poliermaschine spielt dabei die größte Rolle, während für die feineren, weniger zugänglichen Stellen besondere Hilfswerkzeuge benützt werden.

In geringer Anzahl kommen noch die Berufe der Former und Feingießer für massive Waren in Betracht. Dann die Ziseleure, die früher eine wesentlich größere Rolle gespielt haben, jetzt aber durch die hochentwickelte Stanztechnik in den Hintergrund gedrängt worden sind. Die Vergolder, Niellierer, Oxydierer und Guillocheure sind seltener auftretende Hilfskräfte. Emaillemaler und Emailleure üben ihre Tätigkeit meist getrennt von der Metallbearbeitung aus in besonderen Hilfsgeschäften. In der Emaillierung zeigen sich in besonderem Grad die Schwankungen des Modegeschmacks, und es kann ihm auch auf diesem Gebiet noch am leichtesten Rechnung getragen werden. Neuerdings wird besonders auf Kleinsilberwaren das Emaille in durchsichtigen, zarten Tönen auf guillochiertem oder graviertem Grunde aufgebracht. Der Emaillemaler stellt auf einer weißen Emaillegrundierung kleine Gemälde her, die auf Dosen, Anhängern, Medaillons usw. viel begehrt werden.

Die geistige Arbeit an dem Schmuck geht jedoch von dem Zeichner aus. Dieser muß, um einwandfrei arbeiten zu können, eine mit der Praxis der Edelmetallbranche gut vertraute Kraft sein. Dabei wird von den Fabrikanten überaus vielgestaltige Rücksichtnahme auf das kaufende Publikum verlangt. Es läßt sich hierin keinerlei Gesetzmäßigkeit feststellen, und streng werden die Neuheiten der Saison von den einzelnen Fabrikanten geheim gehalten, denn die Haupteigenschaft des neuesten Musters ist nicht etwa, wie vielleicht zu erwarten wäre, eine besondere Formenschönheit oder Zweckmäßigkeit — dazu ist das kaufende Publikum noch nicht genügend erzogen — sondern das Muster muß eben „gehen". Um dies zu erreichen, ist eine enge Fühlungnahme mit den Grossisten und Detailleuren notwendig, die ihrerseits manche Winke über das, was die jeweilige Modeströmung gerade bevorzugt, geben können.

Unter den Erzeugnissen der Edelmetallindustrie steht, wie schon oben kurz berührt, der Weißjuwelenschmuck in seinem Wert obenan. Dazu werden fast ausschließlich Diamanten oder Brillanten verwendet, die allein wirken sollen und demgemäß nur schmale Fassungsränder erhalten. Die Fassung wird ausschließlich in Platin oder aber in Gold hergestellt. Der gelbe Schein des Goldes tönt jedoch das weiße Feuer des Brillanten in unerwünschter Weise, weshalb man früher Silber, seit längerer Zeit aber besonders Platin zur Metallfassung verwendet. Trotzdem der Preis des letzteren sehr gestiegen ist, wird der Weißjuwelenschmuck immer begehrter. Jeder Stein muß durch eine besondere Metallmontierung eingepaßt werden, die von unten dem Licht Zutritt geben muß, und es ist ein Haupterfordernis in der Herstellung der Fassung, daß die Rückseite völlig glatt wird, da solche Juwelen zu großer Toilette im Haar oder auf bloßer Haut getragen werden. Bisweilen gibt der Besteller das Steinmaterial, zu dem dann der Zeichner den passenden Entwurf zu liefern hat, während der Fasser seine Aufgabe darin erkennt, die gegebenen Steine so zu verteilen, daß die Zeichnung genau durch die Zusammenstellung wiedergegeben wird.

Die Halbedelsteine wechseln in ihrem Wert gemäß der Mode. Gegenwärtig ist besonders der Amethist und der Lapys Lazoli beliebt. Dann wird auch Aquamarin, Topas und Mondstein vielfach verwendet. Weitere Steine in der Schmuckindustrie sind der Malachit, Turmalin, der Krisopras und der Karneol. Diese Steine werden meist in Silber gefaßt, bisweilen auch in Gold. Manchmal werden sie auch noch mit Emaille kombiniert, das die Farbe des Steines kontrastiert oder aber wiederholt. Ein namentlich gegenwärtig viel verwendetes Ziermittel ist das Niello oder Tula. Eine mattschwarze Komposition aus Schwefelsilber, Kupfer und Blei, das in Vertiefungen des Silbers eingeschmolzen wird. Mit dem Silberton zusammen gibt es eine gute Wirkung.

Betrachtet man die Gegenstände, die mit dieser Technik hergestellt werden, so zeigt sich eine überaus große Mannigfaltigkeit. Man unterscheidet Groß- und Kleinsilberwaren. Zu den ersteren gehören: Tafelaufsätze, Jardinieren, Weinkannen, Zuckerkörbe, Zuckerschalen, Kaffee- und Teeservice, große Pokale, weitere Tafelgeräte. Unter Kleinsilberwaren versteht man die vielen Arten der Gebrauchsgeräte, wie Serviettenbänder, Becher, Eierbecher, Likörbecher, Kindertassen, Stockgriffe, Teegläser, Kinderbestecke und Kindergarnituren, dann Zigarren- und Zigarettenetuis und Spitzen, Feuerzeuge, Medaillons, Craons, Ringe usw. Diese Artikel sind vielfach Spezialitäten der einzelnen Betriebe, die sowohl in der Anzahl ihrer Muster, als auch in der ganzen technischen Einrichtung darauf zugeschnitten sind.

Eine besondere Spezialität der Gmünder Industrie wird bei der Firma Erhard u. Söhne herstellt. Deren Intarsia-Arbeiten bilden künstlerisch einwandfreie Muster, die z. T. durch Wettbewerb gewonnen wurden und deren Ausführung auf patentiertem Wege erfolgt. Die Erzeugnisse haben als vornehmstes Merkmal eine ganz außerordentliche Solidität. Ein Abspringen einzelner Holz- oder Metallteile bei normaler Behandlung ist ausgeschlossen. Es liegt offenbar an mangelnder Kenntnis weiter Kreise, daß diese verhältnismäßig billigen und künstlerisch wie technisch sehr hochstehenden Produkte in Deutschland noch nicht die Aufnahme gefunden haben, die sie gemäß ihres innern Wertes beanspruchen dürfen. Zu diesen Artikeln wird besonders Messing verwendet, das mit edlen Holzarten zusammen auf einem besonders präparierten metallenen Hintergrund aufgebracht wird und in Gestalt von Schmuckkästchen, Schreibgarnituren und ähnlichem zur Anwendung kommt. Galanteriewaren aller Art werden in diesem Betrieb auf Grund einer hochentwickelten Technik hergestellt. In Alpakka und Messing werden Beschläge und Verzierungen, Spielwaren aus Bronze als besondere Spezialität gefertigt. Dieser und andere große Betriebe der Gmünder Industrie sehen auf eine reiche Erfahrung zurück. Demgemäß konnten auch deren technische Einrichtungen zu einer weitgehenden Vollkommenheit gebracht werden.

Schwall für das Budget habe stimmen können. Die „positive" Arbeit des Landtags habe die Arbeiter nur um eine Hoffnung reicher gemacht. Dann heißt es wörtlich weiter:

„Daß die Arbeiter sich aber mit dieser Hoffnung nicht begnügen wollen, ist recht erklärlich. Es gärt und brodelt unter ihnen. Nicht nur, weil ihre Wünsche nicht befriedigt wurden, sondern auch deshalb, weil ein großer Teil sich Akkordabzüge, die die neue „Werkstatt-Lohnordnung" mit sich bringt, gefallen lassen muß, und zwar in Höhe von 10, 15 und 25 Prozent. Wir stimmen vollständig der „Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonal-Zeitung" zu, wenn sie in Nr. 35 auf diese Abzüge schreibt: „. . . Was das heißt, bei den jetzigen Verhältnissen, bei einem Lohn von 4 M. sich noch Abzüge machen zu lassen, können nur die beurteilen, die selbst schon mit so kärglichen Löhnen haben haushalten müssen. Hier helfend einzugreifen, war unbedingte Pflicht des Landtages." . . . Daß dies der Landtag nicht fertig gebracht, vielleicht nicht hat fertig bringen wollen, das ist es, was die Erbitterung gerade der Arbeiter . . . hervorgerufen hat!"

In diesem Ton der Erbitterung geht es weiter, die ehrliche Entrüstung treibt ein sozialdemokratisches Blatt dazu, der opportunistischen badischen Sozialdemokratie die heftigsten Anklagen ins Gesicht zu schleudern:

„Es gärt unter den Schmieden! Sie sehen, daß sie die Betrogenen sind. Die Männer, die sie in den Landtag gesandt, sie brachten nicht das, was man glaubte, das sie bringen sollten. Als die Petitionen der Eisenbahner zur Beratung kamen, legten die sozialdemokratischen Abgeordneten sich mit denen der bürgerlichen Parteien fest — — die Petitionen im großen Korb zu versenken. So wurde husch, husch über die Petitionen hinwegbalanciert, um ja recht bald zum Schluß des Landtags zu kommen. Den Schluß kennen wir ja, ihn kennt ganz Deutschland, die ganze Welt ist von ihm unterrichtet. Daß der „würdige Schluß" auch der Sache würdig ist, daß neben dem „vielen positiven Arbeiten" noch viel mehr unpositives, unfruchtbares, für die Arbeiter direkt schädliches dabei war, glaubten wir nicht der Oeffentlichkeit vorenthalten zu sollen."

Diese Kennzeichnung sozialdemokratischer Sozialpolitik spricht für sich selbst. Kein Wunder, daß sich die Anschauung in Staatsarbeiterkreisen allmählich durchgerungen hat: die Landtage mit schwacher Sozialdemokatie haben uns Verbesserungen unserer Lage gebracht, die mit starker Sozialdemokratie haben uns bitter enttäuscht."

Sozialdemokratische Worte und Taten sind wesentlich verschiedene Dinge. Das zeigte sich so recht auch wieder bei der Rolle, die die Sozialdemokratie bei der Beratung des neuen badischen Einkommensteuergesetzes spielte. Ein Antrag, die Einkommen unter 3000 M. zu schonen und dafür diejenigen über 10 000 M. entsprechend stärker heranzuziehen, wurde von der Regierung unter Zustimmung der Sozialdemokratie abgelehnt. Also — Schonung der Reichen und Belastung der Armen, durch die Sozialdemokratie!

Unsere Kollegen dürften hieraus ersehen, wie das badische Ministerwort von der „großartigen Bewegung" verstanden werden muß; aber auch, daß der Arbeiterstand von der Sozialdemokratie nichts zu erwarten hat. Darum allseitig an die Arbeit zur Stärkung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung; nur diese bürgt uns für positive Erfolge!

Oberschlesien und seine Industrie.

Der südöstlichste Teil der preußischen Monarchie, bekannt unter dem Namen Oberschlesien, erfreut sich im allgemeinen eines nicht allzu verlockenden Rufes bei der Bevölkerung der übrigen Bezirke unseres Vaterlandes. Aber wohl nur ein verschwindend kleiner Bruchteil aller derjenigen, die mit ihrem Urteil über Oberschlesien „bald fertig" sind, besitzen nähere Kenntnisse über diesen Bezirk und seine Bedeutung für unsere Volkswirtschaft. Selbst in Arbeiterkreisen Nord-, West- und Süddeutschlands begegnet man noch vielfach der Ansicht, daß die oberschlesische Industrie nur von untergeordneter Bedeutung sei. Doch das Gegenteil ist der Fall. Wohl muß zugegeben werden, daß der oberschlesische Industriebezirk sich nicht mit dem Ruhrrevier messen kann, dafür ist er nicht umfangreich genug. Dann aber liegt das Ruhrrevier geographisch viel günstiger, gute Wasserstraßen stehen ihm für den Transport zur Verfügung, der Seeweg ist ihm erschlossen. Auch sind die Absatzmöglichkeiten im Innern Deutschlands bedeutend günstigere für das Ruhrrevier.

Oberschlesien dagegen ist für den Handelsverkehr recht ungünstig gelegen. Im Süden ist es von der österreichischen und im Osten von der russischen Grenze eingeschlossen. Der einzige Wasserweg, auf dem die Industrieerzeugnisse auf etwas billigerem Wege zum Meere befördert werden könnten, ist die Oder. Der in Betracht kommende Koseler Umschlagshafen ist aber noch 50 Kilometer vom Industrierevier entfernt. Da nun die Verfrachtung der Güter durch das Umladen wieder verteuert wird, so ist auch mit diesem Wasserweg der Industrie nur wenig geholfen. Die Absatzmöglichkeit nach Rußland und Oesterreich wird dadurch sehr beschränkt, daß Rußland an der Grenze selbst eine gut prosperierende Industrie hat und Oesterreich nach der Verstaatlichung seiner Bahnen die Frachttarife wesentlich erhöht hat.

Der einzige billige Weg, auf dem die Erzeugnisse der Oberschlesischen Industrie in das Innere Oesterreichs und nach den Balkanländern befördert werden könnten, ist das Grenzflüßchen an der „Drei-Kaiserecke", die Przemsa. Es war geplant, dieses Flüßchen zu kanalisieren, und es der Schiffahrt zu erschließen. Die oberschlesischen Interessenten wollten erhebliche Mittel dafür zur Verfügung stellen, aber die Slaven im österreichischen Abgeordnetenhause haben gegen diesen Plan mit Erfolg opponiert. So ist dieses Projekt denn wieder auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben. Die oberschlesische Industrie ist nach wie vor auf die verhältnismäßig teure Verfrachtung ihrer Produkte auf der Eisenbahn angewiesen. Aus diesem Grunde stellt sich die Fracht für die To. Eisen oder Kohlen nach Königsberg oder Danzig von Oberschlesien aus um 3—6 M. höher als vom Ruhrrevier aus. Die oberschlesische Industrie hat also in dieser Hinsicht mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Trotzdem aber macht sie erfreuliche Fortschritte und wirft noch ganz erhebliche Gewinne ab. Die Donnersmarkhütte in Zabrze z. B. verteilte im vorigen Jahre 16 Prozent Dividende gegen 14 Prozent im Jahre vorher. Die Löhne der Arbeiter hingegen lassen sehr viel zu wünschen übrig.

Der Industriebezirk Oberschlesien umfaßt acht Kreise mit einer Gesamtfläche von 3580 Quadratkilometer. Die Gesamtbevölkerung beträgt 1 236 000 Seelen; es entfallen hier also im Durchschnitt 345 Einwohner auf den Quadratkilometer Bodenfläche, während im Deutschen Reiche durchschnittlich nur 120 Einwohner auf den Quadratkilometer entfallen. Seit 1871 hat die Bevölkerung Oberschlesiens um 156 Prozent zugenommen.

Der Kohlenreichtum des Bezirks ist ganz enorm. Es kommen hier Flötze bis zu 12 Meter Mächtigkeit vor. Nach Professor Frech reicht der oberschlesische Kohlenvorrat noch auf über 1000 Jahre hinaus, während die Vorräte des Aachener und westfälischen Kohlenbeckens nur 800—1000 Jahre und die des Waldenburger, Sächsischen, Böhmischen und Nordenglischen Reviers gar nur auf 100—200 Jahre reichen sollen. Oberschlesien wäre nach dieser Berechnung in der Lage, die ganze Welt 150 Jahre lang mit Kohle zu versorgen.

Im Jahre 1910 zählte man in Oberschlesien 58 Steinkohlengruben. Die Förderung an Kohlen betrug 34½ Millionen Tonnen im Werte von 300 Millionen Mark. Die Zahl der beschäftigten Personen, einschließlich der 6000 weiblichen belief sich auf 118 000, denen nach Dr. Volk 126½ Millionen Mark an Löhnen ausgezahlt wurden.

Außer den Steinkohlengruben sind noch vorhanden: 13 Eisenerz-, 22 Zink- und Bleierzgruben, 14 Koksanstalten, 4 Steinkohlenbrikettfabriken, 9 Koks-Hochofenwerke, 24 Eisen- und Stahlgießerein, 15 Walzwerke, 11 Preß- und Hammerwerke, 1 Drahtwerk, 1 Nagelwerk, 2 Drahtseilfabriken, 3 Kaltwalzwerke, 6 Rohrwalzwerke, 15 Konstruktions- und Blechbearbeitungswerkstätten, 9 Maschinenfabriken, 5 Kleineisenfabriken, 12 Zinkblenderöstanstalten, 51 Rohzinkhütten, 8 Zinkblechwalzwerke und 2 Blei- und Silberhütten. Dazu kommen noch eine Anzahl, durch die Montanindustrie hervorgerufenen Betriebe, wie Ziegeleien, Chamottefabriken, Sägewerke usw.

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter in der Eisenindustrie, einschließlich der jugendlichen und weiblichen, betrug 41 173, mit einer Lohnsumme von 41½ Millionen Mark.

Die Produktion an Roheisen, Eisen- und Stahlgießereiwaren, sowie an Walzwerkfabrikaten belief sich auf 1 774 000 To. in einem Gesamtwerte von 170,5 Mill. Mark. Nicht mit eingerechnet sind hier die Produkte der Veredelungsindustrie.

Von den 1,07 Millionen Tonnen Eisenerzen, welche im Jahre 1910 in Oberschlesien zur Verhüttung kamen, stellte Oberschlesien nur 232 800 Tonnen. Der übrige starke Prozentsatz mußte vom Auslande gedeckt werden. Bedeutend besser sieht es in dieser Hinsicht mit der Zinkindustrie aus. In diesem Industriezweige wurden voriges Jahr 24 367 Arbeiter mit einer Lohnsumme von 23 Millionen Mark beschäftigt. Deutschland erzeugte im Jahre 1910 an Rohzink 220 000 Tonnen. Das ist ungefähr die Hälfte der gesamten Weltproduktion. Davon lieferte Oberschlesien allein 140 000 Tonnen. Die Blei- und Silberindustrie hingegen ist nicht so bedeutend. Trotzdem wurden im verflossenen Jahre an Blei 43 000 Tonnen, an Glätte 3000 Tonnen und an Silber 9,5 To. im Werte von 13 Millionen Mark gewonnen.

Das wäre in kurzen Zügen ein Bild von Oberschlesien und seiner Industrie. Aus diesen knappen Angaben können die Kollegen ersehen, welche Rolle dieser Industriebezirk in Deutschland spielt und noch spielen kann. Als christliche Gewerkschaftler interessieren uns auch die Massen der Arbeiter, die hier beschäftigt sind. Das Gros dieser Arbeiterschaft gehört zu uns, weil es auf streng christlichem Boden steht. Leider haben die oberschlesischen Arbeiter in ihrer übergroßen Mehrzahl noch nicht begriffen, daß sie sich organisieren müssen. Zu bessern gibt es hier mehr wie genug, denn die wirtschaftliche und soziale Lage dieser Arbeiterschaft ist wahrhaftig keine rosige. Doch darüber später einmal mehr.

„Eine Lanze für die Gelben zu brechen".

Unter vorstehender Ueberschrift brachten wir in unserer Nr. 49/1911 einen Artikel, der sich mit dem Rundschreiben der Firma F. C. Bellinger, Emaillierwerk, in Fulda an die dortige hochw. Geistlichkeit in Sachen des gelben Werkvereins befaßte. Die Firma pochte darin u. a. auf ihre „Tradition, die schon genug Gewähr biete dafür, daß die religiösen und politischen Freiheiten der Werkvereinsmitglieder gewahrt würden." Im Anschluß daran wurde in dem Artikel gesagt, daß die Firma sich den Hinweis auf ihre Tradition bei der Geistlichkeit schon aus dem Grunde hätte ersparen können, weil ein gewisser, von einem Firmeninhaber unterzeichneter Wahlaufruf der Geistlichkeit eher die Gewähr für etwas anderes bieten dürfte. Die Firma bestritt darauf in einem Schreiben an uns, daß einer ihrer Inhaber jemals einen Wahlaufruf unterzeichnet habe und bat uns, da ein Mißbrauch ihres Namens vorliegen könne, um näheren Aufschluß. Darauf berichteten wir der Firma brieflich und stellten auch in unserer Nr. 51, Seite 344 fest, daß der betr. Aufruf die Unterschrift „Karl Bellinger" trage.

Die Firma bittet uns nun unter Berufung auf § 10 (gemeint ist wohl § 11) des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung: „Es ist unwahr, daß jemals ein Inhaber unserer Firma einen Wahlaufruf unterzeichnet hat. Auch unser verstorbener Herr Karl Jos. Bellinger, dessen Namen angeblich einmal unter einem Wahlaufruf gestanden haben soll, hat niemals einen solchen unterzeichnet oder sein Einverständnis dazu gegeben. Die betreffende Unterzeichnung eines Wahlaufrufes ist, wie von zuständiger Seite sofort einwandfrei festgestellt wurde, lediglich auf eine Verwechslung mit einem ähnlich lautenden Namen zurückzuführen und hatte mit der Person des Genannten nicht das geringste zu tun."

Wir nehmen im Vorstehenden gern von dieser Aufklärung eines, der Firma anscheinend unangenehmen Mißverständnisses Notiz; betonen aber, daß die Angelegenheit für den Wert oder Unwert der gelben Werkvereine ganz nebensächlicher Natur ist. Der Kernpunkt der Sache ist der: Denkende christliche Arbeiter wehren sich ganz entschieden gegen eine Verkümmerung ihrer Rechte und staatsbürgerlichen Freiheiten. Die sind jedem Menschen, der etwas auf sich hält, nicht feil — am allerwenigsten für fragwürdige gelbe Wohltaten. Die Arbeiterschaft weiß eben aus Erfahrung, wie der gelbe Hase zu laufen pflegt und daß die „Tradition" dieser oder jener Firma an der Richtung dieses Laufes nichts geändert hat. Und daß die Fuldaer „gelbe" Gründung genau demselben Ziele zusteuert wie die „gelben" Vereine anderwärts auch, geht übrigens schon mit aller Deutlichkeit aus dem Rundschreiben der Firma an die Geistlichkeit hervor. Die christlichen Gewerkschaften werden darin als Vorläufer der Sozialdemokratie verdächtigt. Das ist die allbekannte Methode aller derjenigen Leute, denen jede selbständige Regung der Arbeiterschaft, vor allem die erfolgreiche und besonnene Arbeit der christlichen Gewerkschaften ein Dorn im Auge ist. Das kann und wird unsere Kollegen jedoch nicht abhalten, ihre Ideale hoch zu halten und weiter für die Erstarkung unseres Verbandes Sorge zu tragen. Eine Firma aber, der es wirklich ernst ist mit der Beteuerung, daß sie wünsche, „den derzeitigen Zustand sowohl in politischer, als auch in religiöser Hinsicht bei der Arbeiterschaft erhalten zu sehen", darf sie folgerichtiger Weise nicht daran hindern, von ihrer Koalitionsfreiheit nach eigenem Ermessen Gebrauch zu machen.

Nochmals der Berliner Formerkampf.

Nach einem Bericht im „Vorwärts" vom 28. Dezember 1911 hat der erste Bevollmächtigte der Berliner Ortsverwaltung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in einer Versammlung mitgeteilt, daß ein Direktor der Berliner Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft gelegentlich einer Verhandlung erklärt habe: „In dem Verhalten des Metallarbeiterverbandes (gelegentlich der Formerbewegung) lag gar keine Logik." — Daß das Verhalten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes tatsächlich widersinnig war, wird voll ersichtlich, wenn man einmal den Inhalt der vor dem Streik als „unzureichend" verworfenen Vereinbarung mit dem Inhalt der nach Inkrafttreten der Aussperrung angenommenen vergleicht — die dann abendrein noch als „Erfolg" angepriesen wird.

Da ist zunächst der § 1 der als unzureichend verworfenen Vereinbarung. Dieser sah einfach die täglich 9stündige, und Samstags 8stündige Arbeitszeit für alle Akkordarbeiter vor.

Der § 1 der jetzt angenommenen Vereinbarung stipuliert dagegen eine unsoziale Kastenscheidung unter der Arbeiterschaft dadurch, daß er eine 9stündige Arbeitszeit für Akkordarbeiter, eine 9½stündige für Kernmacher und Putzer und eine 10stündige Arbeitszeit für Hilfsarbeiter vorsieht. Der jetzt angenommene § 1 ist also weit schlechter als der verworfene.

Der § 2, ferner die §§ 7 bis 14 der verworfenen Vereinbarung wurden angesichts der Aussperrung wieder für gut befunden und wortwörtlich in die neue Vereinbarung übernommen. „Unwirtschaftliche Schlafburschen", so meinte nicht mit Unrecht ein Berliner Metallarbeiter, „sind auch am Anfang des Monats stolz und werfen die einmal benutzte Papierwäsche, weil „unzureichend", in den Ofen. Wenn aber der Monat zu Ende — und die Kasse zur Neige geht, legt sich der Stolz. Sie suchen die bereits verworfenen Papierenen wieder auf, — und finden sie zureichend." Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband nahm sich bei der Berliner Formerbewegung offensichtlich die Handlungsweise dieser Leute zum Muster.

In § 3 der abgelehnten Vereinbarung heißt es: „Es wird mit jedem in der Gießerei beschäftigten Arbeiter ein seinen Leistungen entsprechender Stundenlohn vereinbart," der für Akkordarbeiter „mindestens" den im Akkord erreichten Durchschnittsverdienst abzüglich 15 Prozent betragen muß.

In dem jetzt angenommenen und gefeierten § 3 der neuen Vereinbarung ist das Wort „mindestens" fallen gelassen und dafür der Zusatz, daß „längstens innerhalb der ersten 10 Tage der Beschäftigung dieser Stundenlohn vereinbart" wird, eingeschaltet worden. — Also auch an diesen Paragraphen wurde nichts verbessert, es sei denn, daß der Wert einer Vereinbarung in einer möglichst großen Summe von Worten besteht.

Dann besagte der § 4 der abgelehnten Vereinbarung: Die Zeit, während welcher der Akkordarbeiter ohne sein Verschulden die Arbeit aussetzen muß, wird, wenn es mehr als eine halbe Stunde ist, zu einem Lohnsatz vergütet, der dem Durchschnittsverdienst gemäß § 3 entspricht.

Nach dem jetzt angenommenen § 4 wird aber die Aussetzzeit erst dann vergütet, wenn sie über drei Viertelstunden beträgt. Also auch hier eine direkte Verschlechterung.

Der § 5 der abgelehnten Vereinbarung, der die Art der Akkordfestsetzung regelt, ist mit dem Zusatz: „Auf jeden Fall muß der Akkordzettel in Händen des Formers sein, ehe die fertige Arbeit seinen Platz verläßt", nunmehr akzeptiert worden.

Der § 6 der Vereinbarung, der die Ausschußgußfrage regelt, war noch strittig und nicht formuliert. Bei der jetzt angenommenen Vereinbarung wurde die Einigkeit dadurch erzielt, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband „sich gefügiger zeigte" und das damalige Unternehmerangebot jetzt annahm.

Neu, aber auch mehr fragwürdiger Natur, und zwar sowohl ideell wie materiell ist die „Erklärung zur Aufnahme in das Protokoll", besonders auch die Art der Erledigung der Hilfsarbeiterlohnfrage. Denn schon seit Juli, also lange vor dem Streik, hatten die Metallindustriellen unter ihrem Vorsitzenden Kommerzienrat von Borsig und die Metallarbeiterverbandsbeamten Adolf Cohen und Sellrich nebst der Formerkommission unterhandelt. Von dieser gemeinsamen Verhandlung in dem Protokoll noch besondere Notiz zu nehmen, ist mindestens eigentümlich, wenn man nicht sagen will überflüssig. Und was kam hinsichtlich Stundenlohn für die Hilfsarbeiter dabei heraus? Für „volljährige", also über 21 Jahre alte Hilfsarbeiter, wurden 40 Pfg. als „Norm" und eine Erhöhung „auf 42 Pfg. nach dreimonatlicher Beschäftigungszeit als bei den jetzigen Zeiten angemessen" bezeichnet.

Daß dieser Lohn gezahlt werden muß, steht mit keinem Wort in der Vereinbarung. Wenn die Unternehmer statt „volljährige" 18 bis 20 Jahre alte Arbeiter einstellen und diesen 35 Pfg. pro Stunde zahlen, dann verstoßen sie absolut nicht gegen dieses Monstrum von Vertrag. Wenn man behauptet, daß durch den Kampf in der Berliner Metallindustrie für die Arbeiter absolut nichts herausgekommen ist, so trifft das vollständig zu.

Bezüglich der ersten Vereinbarungen hieß es in Nr. 42 der „Metallarbeiterzeitung" vom 21. Oktober 1911: Die ohne Kampf erhaltenen „Zugeständnisse" sind, „weil nicht zureichend, zu verwerfen und am andern Tage früh die Arbeit nicht wieder aufzunehmen." „Die Konjunktur ist gegenwärtig gut, und die Städte mit nennenswerter Metallindustrie haben meistens allerlei Kämpfe hinter sich, Streiks oder Aussperrungen, wodurch sich die Arbeit angehäuft hat; sie werden also kaum besondere Hilfe leisten können." „Der deutsche Metallarbeiterverband sei gerüstet und vorbereitet, wenn auch die Zahl der Streikenden durch Aussetzende und Ausgesperrte erheblich größer werde". Bezüglich der Metallindustriellen und einer eventuellen Aussperrung sagte Cohen: „Daß man aber aus guten Gründen" im Lager der Industriellen vor dem Beschluß einer Aussperrung „zurückgeschreckt sei".

Nach einer solchen Fanfare hätte man annehmen dürfen, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband zu einem gewaltigen Stoß gegen die Industriellen ausholen werde. Diese Meinung war auch im Lager der Arbeiter verbreitet. Aber: „Mit Worten läßt sich trefflich streiten". Worte und Taten erweisen sich, wie das so oft der Fall war, auch hier wieder beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverband als unvereinbare Gegensätze. Sobald die Aussperrung kam, wurde von demselben Herrn Cohen in nicht zu überbietender Weise gebremst.

Im Correspondenzblatt Nr. 49 vom 9. Dezember, also nach der Aussperrung, schrieb derselbe Cohen: „Da auf beiden Seiten der Wunsch nach Frieden vorhanden war, traten die Verhandlungsdelegierten nochmals zusammen." Aber an der Vereinbarung, von der die Former in der Versammlung am 30. Nov. erklärten: „Es sei ein Skandal, eine Schmach und eine Schande, nicht nur für die Arbeiterschaft Deutschlands, sondern für die ganze Welt, daß der 500 000 Mitglieder zählende Metallarbeiterverband, unterstützt vom Vorwärts ihnen diesen Wechselbalg von Vereinbarungen anzubieten wage" — wurde wesentlich nichts geändert. Die Industriellen, die wenig geredet hatten, blieben fest und die großsprahlerische Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes klappte kläglich zusammen. Die Former und ihre Vertrauensleute wurden derart trainiert, daß sie wenigstens formgemäß, wenn auch unter heftigem innern Widerstreben und mit fürchterlichen Nachwehen für die Verbandsleitung, das Verhandlungsergebnis schluckten. Die Mißstimmung der beteiligten Arbeiter trat, wie in früheren Besprechungen (Nr. 50 und 51 Der deutsche Metallarbeiter) dargelegt wurde, in der schärfsten Weise in die Erscheinung. Aber, da den Arbeitern eine Presse nicht zur Verfügung steht, hat die Leitung des roten Verbandes die Möglichkeit, die Oeffentlichkeit über die wahre Stimmung zu täuschen. Sie schrieb im „Vorwärts" vom 12. Dezember: „Der Metallarbeiterverband hat ein Recht, auf das Ergebnis dieses Kampfes mit Stolz zu blicken." Die Industriellen wurden „aus Position zu Position gedrängt." „Das ganze war eine Kraftäußerung des deutschen Metallarbeiterverbandes, wie sie uns die Industrieellen sicher nicht zugetraut haben".

Man spricht im „Vorwärts" sogar davon, daß das Kampfergebnis einen Bruch mit dem alten Prinzip bedeutet, daß anstatt des bisherigen Absolutismus sich jetzt der Konstitutionalismus einbürgere. Und während man sich gegenüber der Oeffentlichkeit in solcherart Schönfärberei über die Machtstellung des Metallarbeiterverbandes in den Berliner Betrieben ergeht, muß er sich in Wahrheit nach dem Kampfe in Flugblättern und Versammlungen der Einführung der Gelben, für die der Boden jetzt geeignet erscheint, erwehren. „Sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie". Wann wird die Metallarbeiterschaft sich frei machen von solchem Lug und Trug?

Diese letztere Frage ist doppelt angebracht angesichts des Gebahrens der Führer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes an jenen Orten, wo er mit Mitgliedern bei einer Bewegung kaum oder gar nicht in Betracht kommt. Da spielt dieser selbe Verband den Starken, Mächtigen und Unüberwindlichen, während er an den Orten, wo er seiner Mitgliederzahl nach wirklich etwas leisten können müßte, sich als total unfähig zu gewerkschaftlicher Arbeit erweist. Da ist der angeblich starke, mächtige und unüberwindliche sozialdemokratische Metallarbeiterverband dem Unternehmertum „gefügig" und führt seine Mitglieder von Niederlage zu Niederlage. Da muß er obendrein noch den Spott des Unternehmertums ohne zu mucksen einstecken, daß in seinem „Verhalten gar keine Logik" liege. Unsere Kollegen in Rheinland-Westfalen und anderwärts werden den roten Wortathleten nun bei gegebener Gelegenheit gründlich heimzuleuchten wissen. Wir haben gar keine Ursache, uns durch Leute in irgend eine Bewegung hineinbrüschen zu lassen, in deren „Verhalten gar keine Logik" liegt — es sei denn, daß sie darauf ausgingen, der gelben Sumpfpflanze einen aufnahmefähigen Boden zu bereiten. Sich dazu herzugeben, dafür bedanken sich aber christliche Arbeiter ganz entschieden. Wir wollen positive Arbeit zur Hebung unserer Lage: darum stärken wir unsere christliche Gewerkschaftsbewegung, vor allem wir Metallarbeiter unsern christlichen Metallarbeiterverband.

Der Arbeitsmarkt im Monat November 1911.

Es ist eine eigentümliche Erscheinung, daß die Berichte aus der Metallindustrie fast durchweg günstig lauten, während der Arbeitsmarkt in der Gruppe der Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen usw. nun schon seit Oktober einen Rückgang aufweist. Gewiß muß dieser zum großen Teil der Jahreszeit zugeschrieben werden, anderseits darf aber nicht verkannt werden, daß in gewissen Zweigen unserer Industrie sich eine Ueberproduktion bemerkbar macht. Das gilt vor allem für die Herstellung der landwirtschaftlichen Maschinen. Wenn auch einzelne Werke gut beschäftigt sind, so haben andere eine Produktionseinschränkung mit teilweisen Feierschichten eintreten lassen. Daneben haben dort die Löhne einen Rückgang erfahren. Aehnliche Erscheinungen machten sich in der Drahtindustrie und in der Fabrikation von Eisenbahnoberbaumaterial bemerkbar.

Auf 100 offene Stellen kamen in unserer Industrie 230 Arbeitsgesuche männlicher Arbeiter. Diese Zahl bedeutet eine Verschlechterung gegen den Vormonat Oktober, wo auf 100 offene Stellen nur 187 Arbeitsgesuche kamen. Zum ersten Male in diesem Jahre ist der Arbeitsmarkt gegen den gleichen Monat des Vorjahres schlechter — im November 1910 kamen auf die gleiche Anzahl offener Stellen 229 Arbeitsgesuche. Diese Erscheinung macht in der Beurteilung des Standes unserer Industrie zur Vorsicht.

Verhältnismäßig noch ungünstiger gestaltete sich in der Metallindustrie die Entwicklung des Arbeitsmarktes für weibliche Arbeiter. Auf 100 offene Stellen kamen im November 191 Arbeitsgesuche gegen 153 im Vormonat und nur 123 im November 1910! Hier haben wir also eine recht erhebliche Verschlechterung sowohl gegen den Oktober 1911 als auch gegen den November 1910.

Insgesamt sind in der Gruppe der Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate im November 80 811 Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 35 136 offene und 31 290 vermittelte Stellen gegenüberstehen. Im Oktober waren es 73 928 Arbeitsgesuche, 24 249 offene und 36 304 besetzte Stellen. Der November brachte also eine Vermehrung von 1883 Arbeitsgesuchen und eine Verminderung von 6313 offenen und 5014 vermittelten Stellen.

Der Arbeitsmarkt überhaupt hatte im November eine stark rückgängige Bewegung. Bei 726 Arbeitsnachweisen gingen von männlichen Arbeitern insgesamt 353 000 (370 000) Arbeitsgesuche ein, denen 194 000 (243 000) offene Stellen und 170 000 (206 000) Vermittlungen gegenüberstanden. Obgleich die Zahlen ja nicht ohne weiteres vergleichbar sind, so ergibt sich doch aus der starken Verminderung der offenen und besetzten Stellen, daß der Arbeitsmarkt schwächer geworden ist. Die Verminderung der Arbeitsgesuche steht in keinem Verhältnis zu der der offenen und vermittelten Stellen. Auf 100 offene Stellen kamen 182 Arbeitsgesuche gegen 152 im Vormonat und 194 im gleichen Monat des Vorjahres.

Bei der genannten Anzahl von Arbeitsnachweisen sind von weiblichen Arbeitskräften 73 000 (85 000) Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 55 000 (74 000) offene und 39 000 (51 000) vermittelte Stellen gegenüberstanden. Die Verschlechterung zeigt sich auch hier besonders in dem starken Rückgang der offenen und besetzten Stellen. Die Verminderung der eingelaufenen Arbeitsgesuche ist eine Bestätigung der alten Beobachtung, daß bei schlechter Lage des Arbeitsmarktes viele Arbeiter sich nicht mehr bei dem Arbeitsnachweisen melden. Auf 100 offene Stellen für weibliche Arbeitskräfte kamen 133 Arbeitsuchende gegen 114 im Vormonat und 119 im November 1910.

Die Lage des Arbeitsmarktes ist, wie aus dem Gesagten hervorgeht, keineswegs rosig. Die Erfahrung lehrt, daß das starke Angebot von Arbeitern auf die Löhne drückt. Dem kann nur die Organisation der Arbeiterschaft entgegenwirken. Wir weisen deshalb immer wieder darauf hin, daß es Pflicht ist, — Pflicht gegen den Stand und gegen sich — der gewerkschaftlichen Organisation beizutreten. Jeder Metallarbeiter, der es ehrlich mit der Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen meint, schließe sich deshalb dem christlichen Metallarbeiterverband an, ehe es zu spät ist.

Aus der Arbeiterbewegung.

Lohnerhöhung auf den Reichswerften.

Ein Tagesbefehl des Staatssekretärs des Reichsmarineamts bestimmt, daß die Löhne der meisten Arbeiter der Reichswerften eine Erhöhung erfahren sollen. Im einzelnen sind die Stundenlöhne auf Grund des Erlasses wie folgt erhöht worden: Gruppe I (Blockmacher, Böttcher, Büchsenmacher, Dreher, Klempner, Korbmacher, Maler, Maschinenbauer, Maurer, Dachdecker, Steinsetzer, Tapezierer, Sattler, Schiffbauer, Schiffszimmerleute, Schlosser, Segelmacher, Schmiede, Takler, Tischler, Werkzeugmacher, Zimmerleute) erhielten bisher 40 bis 51 Pfg. in 6 Stufen. Die Erhöhung beträgt 2 Pfg. Die niedrigste Stufe für Neueingestellte von 40 Pfg. bleibt bestehen. Gruppe II (Blech- und Winkelschmiede, Former, Kesselschmiede, Torpedoschlosser) erhielt bisher 41—54 Pfg. Die Erhöhung beträgt 1 Pfg. Kupferschmiede und Modelltischler kommen jetzt ebenfalls in diese Gruppe, sie erhalten 4 Pfg. Gruppe III (Gas- und Wasserfilter, Mechaniker, Elektromonteure, Torpedobauer, Preß- und Hammerschmiede) steigt um 1 Pfg. auf 44—57 Pfg. Hilfshandwerker erhalten 2 Pfg. Helfer, Anstreicher, Putzer, Zuschlager, Bohrer, Hobler, Stoßer, Fräser, Locher, Schraubenschneider, Preß- und Hammerführer werden um 2 Pfg. auf 40—42 Pfg., Kernmacher, Nieter, Stemmer Schmelzer um 2 Pfg. auf 42—46 Pfg. erhöht. Schaltbrettwärter (gelernte Mechaniker oder Maschinenbauer) erhalten 2 Pfg., doch bleibt die höchste Stufe von 56 Pfg. bestehen. Betriebsleiter, Nietenwärmer, Kesselreiniger und junge Burschen von 16—19 Jahren erhalten 1—2 Pfg. Keine Lohnaufbesserung erhalten haben die am geringsten entlohnten Handlanger in den Werkstätten. Es wäre zu wünschen, daß für diese Vergessenen nachträglich noch etwas geschieht.

Des weiteren bestimmt der Erlaß des Staatssekretärs: „Die sonst zum Frühjahr üblichen Verklassungen (d. h. Hinaufrücken in eine höhere Lohnklasse) der Stundenlöhner sind in einem den Bedürfnissen Rechnung tragenden Umfange schon jetzt vorzunehmen. Eine nach Vornahme der Verklassungen aufgestellte Lohntabelle ist zum 1. Februar einzureichen, wofür die am 1. Mai fällige Tabelle in Fortfall kommt. Dabei ist kenntlich zu machen, wie viele Arbeiter jeder Gattung verklaßt worden sind."

Die Lohnerhöhungen auf den Reichswerften treten sofort in Kraft. Hoffentlich nehmen sich die Privatwerften nun an dem Vorgehen des Reichsmarineamts ein gutes Beispiel und kommen ebenfalls den berechtigten Wünschen ihrer Arbeiterschaft wenigstens in etwa entgegen.

* * *

Wesen und Charakter der christlichen Gewerkschaften

werden andauernd von den verschiedensten Seiten kritisiert und verdächtigt. Von der Sozialdemokratie werden sie als Schutztruppen der Reaktion, von den Scharfmachern und Gelben als Klassenkämpfer, von den Berliner Fachabteilungen als religiös verflachend, als Vorstufen der Sozialdemokratie verschrieen. Von „Sitz-Berliner" Seite ist kürzlich wieder eine Tendenz-Schrift herausgegeben worden, worin diese alten Vorwürfe in hunderterlei Variationen bis zum Ueberdruß wieder aufgewärmt werden. Die Berliner Richtung will bekanntlich rein katholische Gewerkschaften, sie behauptet, die christlichen Gewerkschaften trügen ihren Namen „christlich" mit Unrecht, denn sie hätten ihre christlichen Grundsätze nie bestimmt formuliert, sie blieben stets damit in einem verdächtigen Halbdunkel. Demgegenüber schreibt Professor Dr. Mausbach in seiner vor kurzem erschienenen Schrift „Kirchliche Pflichten und bürgerliches Leben" recht zutreffend:

„An eine nähere positive Formulierung dieser Grundsätze sind sie freilich nicht herangetreten; aber welche andere weltliche Berufsorganisation befaßt sich denn mit solchen religiös-sittlichen Kundgebungen? Und daß der Zweck und der Inhalt der Gewerkschaftsarbeit ein weltlicher ist, liegt doch auf der Hand. Ohne Zweifel haben die Fragen der hohen Politik weit mehr Berührung mit der Religion, als die günstige Gestaltung des Arbeitsvertrages nach Inhalt und Form, worum sich die ganze Tätigkeit der Gewerkschaften dreht. Zudem sind die Grundsätze der Gerechtigkeit und Billigkeit für dieses engbegrenzte Gebiet im allgemeinen klar und einleuchtend, durch die Vernunft und die christliche Seite beider Konfessionen geschützt. Der extreme und fanatische Radikalismus der Sozialdemokratie sorgt außerdem dafür, das einmütige Feststehen auf diesen Grundsätzen zu verstärken. Wenn man die Verbände der Bauern, Handwerker, Industriellen, Aerzte, Juristen, Beamten, Detaillisten usw. bei dem vielfach weitgespannten Rahmen ihrer Aufgabe niemals aus dem Grunde einer Verdunkelung der christlichen Grundsätze beschuldigt hat, weil sie interkonfessionell sind, so kann man den Gewerkschaften, die das Christliche positiv betonen und jede Verletzung der konfessionellen Ueberzeugung verpönen, um so weniger diesen Vorwurf machen." (S. 386.)

Gegenüber den Forderungen der Berliner Richtung nach staatlich sanktionierten Berufsständen und obligatorischen Zwangsschiedsgerichten sagt Prof. Dr. Mausbach:

„Werden aber jene Stände nicht zweifellos auch interkonfessionell organisiert sein, werden staatliche Schiedsgerichte etwa bei ihren Entscheidungen spezifisch katholische Moralgrundsätze zu Rate ziehen, und nicht vielmehr jene rechtlichen und sittlichen Ideen, die auch in den christlichen Gewerkschaften lebendig sind?" (S. 387.)

Gewiß würden sie das, wenn solche Einrichtungen einmal kommen sollten, was für absehbare Zeit allerdings gänzlich ausgeschlossen ist. Im übrigen hat die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung in dem Streit zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen längst das Urteil gesprochen. Wir hielten es daher auch für überflüssig, auf die vorerwähnte „Berliner" Streitschrift näher einzugehen.

* * *

Sozialdemokratische Arbeitsmonopole und ihre Folgen

Aus Zürich wird berichtet: Im schweizerischen Lithographiegewerbe ist ein interessanter Konflikt entstanden. Hier wurde vor kurzer Zeit zwischen dem Verein der Lithographiebesitzer und dem sozialdemokratischen Lithographenbund eine sogenannte „Berufsordnung" (Tarifvertrag) abgeschlossen, welche mit Anfang des Jahres 1912 in Kraft getreten ist. Diese Berufsordnung enthält u. a. die Verpflichtung, daß die organisierten Prinzipale nur Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaft beschäftigen, während anderseits die im sozialdemokratischen Lithographenbund organisierten Arbeiter nur bei Mitgliedern des Vereins schweizerischer Lithographiebesitzer in Arbeit treten dürfen. Nun aber haben sich 14 Lithographiebesitzer, welche sich dem sozialistischen Monopolzwang nicht unterstellen wollen, vom bisherigen Prinzipalverein losgelöst. Infolgedessen sind nun die Arbeiter der ausgetretenen Prinzipale vor die Alternative gestellt, entweder gemäß der Berufsordnung die Arbeit niederzulegen und sich neue Arbeit zu suchen, oder aber aus dem sozialdemokratischen Verbande auszutreten. Dieser Vorgang bedeutet ein Fiasko der „Berufsordnung", soweit dieselbe das Arbeitsmonopol schafft, was um so wichtiger ist, als man auch im Buchdruckgewerbe zurzeit daran ist, eine Berufsordnung mit ähnlichen Monopolbestimmungen zu schaffen.

Rundschau.

Glänzend gerechtfertigt wird jetzt im Blatt des sozialdemokratischen „Heizer- und Maschinistenverbandes" die Haltung des christlichen Metallarbeiterverbandes beim vorjährigen Streik auf der Dortmunder Union. Damals schrie bekanntlich die ganze rote Presse von einem christlichen Streikbruch, weil die christlichen Arbeiter es mit Recht ablehnten, sich an dem roten Putsch bedingungslos zu beteiligen. Der lauteste Rufer im Streit war der sozialdemokratische Heizer- und Maschinistenverband. Jetzt ist im Blatt dieses Verbandes in Nr. 1, Jahrgang 1912, auf Seite 12 in einem vom Gauleiter Wilhelm Banse unterschriebenen Artikel zu lesen:

„Wie mir mitgeteilt wird, haben die Holländer unbegreiflicherweise, ohne unsern Zentralvorstand in Kenntnis zu setzen, auf den Booten der Mannheimer Schlepp wieder einen der bei denselben so beliebten sogen. „anarchistischen Gewaltputsch" ausgeführt. Die Erfolge sind begreiflicherweise gleich Null. Denn bei günstiger Gelegenheit jagt der Unternehmer diese Gewaltmenschen fort und die Augenblickserfolge sind zum Teufel."

Hat der rote Maschinistenverband auf der Union nicht genau so gehandelt, wie es hier den Holländern zum Vorwurf gemacht wird? — Ohne Zweifel. Damals brüllten die Leute aber Streikbrecher, und heute schimpfen sie die Holländer „Anarchisten". Sozialdemokratische Doppelmoral! In dem gleichen Artikel befindet sich auch noch ein anderes wertvolles Eingeständnis. Genosse Gauleiter Banse schreibt nämlich, „daß der sozialdemokratische Heizer- und Maschinistenverband für unorganisierte Kollegen grundsätzlich keine Tarife abschließe, wenn diese voraussichtlich finanzielle Opfer erforderten. Das ist also die Wirklichkeit! In den Versammlungen aber versprechen die roten Agitatoren den Unorganisierten alle Schätze des Morgenlandes. Unsere Kollegen wollen sich diese Dinge merken und gegebenenfalls den Genossen damit heimleuchten. Andererseits mögen unsere Mitglieder daraus erkennen, daß es eine unverzeihliche Torheit ist, die immer zum Schaden der Arbeiter ausschlägt, wenn sie den roten Putschen Folge leisten. Christliche Arbeiter sind selbständig und bestimmen selbst, was zu tun und zu lassen i

* * *

England steht zurzeit wieder vor schweren wirtschaftlichen Erschütterungen. Brachte das Jahr 1911 der grünen Insel eine Streikhochflut, so kann auch dieses Jahr nicht zu den friedlichsten gezählt werden. In Dundee streiken Dockarbeiter und Fuhrleute, wodurch auch andere Kreise in Mitleidenschaft gezogen werden. In der Baumwollindustrie ballen sich schwere Gewitterwolken zusammen. In einem Orte des Lancashire Bezirks kam es zum Streik, den die Unternehmer mit einer Aussperrungsandrohung beantworteten. Nach dem B. B. C. vom 29. Dezember hat am 27. Dezember die Aussperrung begonnen. Sollte die Aussperrung in vollem Umfange zur Tatsache werden, würden rund 160 000 Textilarbeiter auf der Straße stehen. Im englischen Bergbau herrscht ebenfalls Kriegsstimmung. Der Anfang des Kampfes schien Anfang Dezember unmittelbar bevorzustehen. Der Ausbruch des Kampfes ist damals noch verhindert worden. Auf einer Tagung der Delegierten der Bergarbeiterverbände, die gegen 700 000 Bergarbeiter umfaßt, wurde beschlossen, über die Streitfragen des Mindestlohnes und der Untertagearbeit eine allgemeine Abstimmung herbeizuführen. Diese Abstimmung soll im ersten Drittel des Monats Januar erfolgen. Fällt die Entscheidung im Sinne der Bergarbeiterverbände aus, so würden weit über eine Million Arbeiter die Arbeit einstellen und gegen drei bis vier Millionen Menschen würden in den gewaltigen Kampf hineingezogen werden.

* * *

Eine Volksseuche nennt die „Einigkeit" die Spiel- und Wettsucht, welche auch schon die Arbeitskreise ergriffen habe. In dem Blatt heißt es von den Berliner Verhältnissen:

„Ich komme in ein Arbeiter-Verkehrslokal im Westen Berlins. Es ist morgens zur Frühstückszeit. Maurer, Maler, Tapezierer, Rohrleger, kurz alle Berufe des Bauhandwerks, nehmen ihr Frühstück ein. Auch eine größere Anzahl Droschkenkutscher und Geschäftsdiener sind anwesend . . . An den meisten Tischen streitet man sich um „totsichere Tips". Und der Wirt unterstützt diese zur Krankheit schlimmster Sorte gediehene Wettwut der Arbeitergäste. Er nimmt selbst Geld zu Wetten an. Er bekommt dafür vom Wettbureau entsprechende Entschädigung. Ein Zettel nach dem andern, ein Geldstück nach dem andern wird an den Wirt abgeliefert. Oft der volle Tagelohn und mehr. Mit glühenden Köpfen gehen sie wieder an die Arbeit. Ein Hoffen beseelt sie: morgen das Vielfache des eingezahlten Geldes zurückerhalten. Aber — das Geld ist verloren. Am andern Morgen stürzt einer nach dem andern zu den Renndepeschen. Lange Gesichter . . . . Und so wiederholt sich die Geschichte Tag für Tag."

Dieser Beitrag zur Beurteilung der sozialen Frage veranlaßt den Gewährsmann des anarcho-sozialistischen Gewerkschaftsblattes zu der Frage: „Wie mag es da in den Arbeiterfamilien aussehen, wo der Mann dem Wett- oder Spielteufel verfallen?" In der Tat ist es zweifellos, daß nur zu viele Arbeiterfrauen deshalb gezwungen sind, sich abzurackern, weil der Mann dem Karten- und Wetteufel verfallen ist. Dies Bild aus dem Großstadtmilieu ist wirklich kein erhebendes. Die Arbeiter sollten sich grundsätzlich an diesen Dingen nicht beteiligen; sie sind doch allemal die Betrogenen. Viel richtiger ist es, das Geld für die Organisation zu verwenden, die dann zurzeit der Not dem Arbeiter einen festen Halt bietet.

* * *

Ueber die Löhne der Hüttenarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wurde der Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller zum erstenmal eine Statistik der im Jahre 1910 von der Eisen- und Stahlindustrie gezahlten Löhne an die Sollarbeiter unterbreitet. Wie in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung Nr. 4/1912 zu lesen ist, soll die Statistik zuverlässig sein, weil sie sich auf Angaben stütze, welche die Arbeitgeber den Berufsgenossenschaften gemacht hätten. Nach den Angaben genannten Blattes betrug bei 286 Werken im Gesamtverbandsgebiet mit 148 258 Sollarbeitern über 16 Jahren der einzelne Jahresverdienst 1598 M. Bei 24 Hochofenwerken mit 13 011 Sollarbeitern betrug der Jahresverdienst 1698 M.; bei 28 Stahlwerken mit 12 720 Arbeitern 1703 M.; bei 48 Walzwerken mit 29 585 Arbeitern 1632 M.; bei 144 Weiterverarbeitungsbetrieben mit 77 688 Arbeitern 1559 M.; bei 42 Hilfsbetrieben mit 15 507 Arbeitern 1533 Mark auf den Kopf des Sollarbeiters. In den einzelnen Bezirken des Verbandsgebietes differiert der Jahresverdienst. Die Höchstsumme beträgt bei den Hochofenwerken im Bezirk Duisburg 1800 M., den niedrigsten Verdienst weist bei den Weiterverarbeitungsbetrieben der Bezirk Köln-Mülheim mit 1425 Mark auf.

Diese Angaben sind trotz der scheinbaren Spezialisierung doch äußerst summarisch. Der Arbeitgeberverband könnte im öffentlichen Interesse die Statistik veröffentlichen. Alle Kreise haben den Wunsch, in diesen Dingen klar zu sehen. Was im Bergbau möglich ist, wo seit längerer Zeit vierteljährlich die Löhne veröffentlicht werden, muß auch in der Eisenindustrie gehen.

* * *

Aus der Metallindustrie. Für oberschlesisches Stabeisen, Grobbleche und Feinbleche wurden die Preise um 2½ bis 5 M. pro Tonne je nach Relation erhöht. — Der Roheisenverband hatte die Bestimmung getroffen, daß Gießereien, welche auch noch ausländisches Roheisen verarbeiten, für deutsches Eisen 2 M. mehr pro Tonne bezahlen müßten wie die übrigen Verbraucher. Auf Vorstellungen des Vereins deutscher Eisengießereien ist die Bestimmung geändert worden. Jetzt bekommen diese Werke das Eisen zum gleichen Preis, wenn sie sich im Verbrauch ausländischen Roheisens die äußerste Beschränkung auflegen. — Aus der Grobblechvereinigung wollen der Phönix und die Gutehoffnungshütte austreten.

* * *

Der preußische Berg- und Hüttenetat weist 4 509 430 M. Mehreinnahme auf. Unter den Minderausgaben erscheint ein Betrag von 4 980 210 M., hauptsächlich veranlaßt durch Einschränkung der Silberhütten im Lauental und St. Andreasberg und durch eigene Gewinnung der bisher angekauften Kohlen beim Bergwerk Waltrop. Unter den Mehrausgaben erscheint ein Posten von 302 940 M. für persönliche Ausgaben, darunter die neue Stelle eines Direktors der Oberharzer Werke, ferner 124 000 M. Gewinnanteil für höhere technische Beamte und 278 000 M. Prämien für obere und mittlere Werksbeamte.

* * *

Den Stuttgarter und Pforzheimer Schirmvögten der Kassenmarder ins Stammbuch. In Bettlach in der Schweiz hat der sozialdem. Remonteurverband eine Anzahl Mitglieder aufgenommen. Die Aufnahme erfolgte, nach dem „Gewerkschaftler" vom 29. Dezember 1911, durch Unterschrift auf einem Kollektivaufnahmeschein, welcher weder Aufklärungen über den sozialdemokratischen Charakter des Vereins noch über die Statuten enthielt. Die Tatsache, daß es sich um einen sozialdemokratischen Verband handelte, wurde den Neuaufgenommenen vorenthalten und Statuten keine ausgehändigt. Nachträglich erfuhren die Arbeiter, daß sie Mitglieder eines Vereins geworden waren, welcher sowohl selbst sozialistisch ist, als auch dem bekannten sozialistischen Verbande der Uhrenarbeitergewerkschaften angehört. Dieser hinwiederum ist Kollektivmitglied des schweizerischen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbundes. Nunmehr erklärten eine Anzahl der neuen Bettlacher Mitglieder den Austritt. Jetzt aber wurden sie vom Verbande vor die Alternative gestellt, entweder Mitglied zu bleiben oder gemäß § 41 der Statuten zweihundert Fr. Buße zu zahlen. Immer noch aber händigte man den Leuten keine Statuten ein. Erst nach vielem Hin und Her gelang es, Einsicht in die Statuten zu erhalten und da ergab sich, daß dieselben tatsächlich die unerhörte Bußbestimmung im Falle des Austrittes vor Ablauf von zehn Jahren enthielten.

Selbstverständlich verweigerten die Arbeiter, die sämtlich bedürftige Familienväter sind, die Zahlung der 200 Fr. und ebenso wollten sie als Nichtsozialisten nicht entgegen ihrer politischen und religiösen Ueberzeugung einer sozialistischen Vereinigung angehören. Der sozialistische Verein aber war „ungeniert" genug, die „renitenten" Mitglieder gerichtlich zu verklagen. Auf den Ausgang des Prozesses darf man gespannt sein. — Na, wie wird euch in Stuttgart und Pforzheim?

* * *

Organisierter Streikbruch wird dem sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverband von der „Ameise" Nr. 51 1911, dem Organ des ebenfalls sozialdemokratischen Porzellanarbeiterverbandes, nachgewiesen. Ein Streik in Elmshorn, der vom Porzellanarbeiterverband geführt wurde, ging verloren, weil der Fabrikarbeiterverband seine Mitglieder zur Arbeit kommandierte, die Tatsache des Streikbruchs aber bestritt mit der Ausrede, seine Mitglieder hätten nur ihre alten Plätze wieder besetzt. Eine sonderbare Ausflucht, die von der „Ameise" gründlich zerpflückt wird.

„Nehmen wir z. B. einmal an," schreibt sie, „die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes treten in einer Seifenfabrik in den Streik. Die Minderheit der Beschäftigten ist christlich organisiert, schließt sich aber dem Streik an. Nach einiger Zeit nehmen die Christlichen die Arbeit wieder auf, ohne danach zu fragen, ob der Fabrikarbeiterverband den Streik beenden kann oder nicht. Würde dann der Fabrikarbeiterverband auch sagen, die Christlichen hätten keinen Streikbruch begangen, sondern nur ihre alten Plätze wieder besetzt? . . . Das ist (in Elmshorn) aber geschehen, und das ist und bleibt Streikbruch, organisierter Streikbruch, wofür wir von Anfang an die Verantwortung nicht dem einzelnen, sondern der Organisation zugewiesen haben, die diesen Streikbruch organisiert und begünstigt hat."

Hier wird also ein sozialdemokratischer Verband von dem anderen des Streikbruchs und der Doppelmoral überführt. Unsere Kollegen mögen sich den Fall merken und entsprechend verwenden, wenn Genossen christlich organisierte Arbeiter wieder mal als Streikbrecher zu verdächtigen suchen.

* * *

„**Personenkultus** ist der Sozialdemokratie verhaßt". Zur Bekräftigung dieser roten „These" bringt die ultraradikale Leipziger Volkszeitung in Nr. 281/1911 ein illustriertes Inserat. Darin prangen von links nach rechts gesehen die „Parteigötzen" Singer, Liebknecht und Bebel. Jeder Genosse kann die roten Häuptlinge „in künstlerischer Ausführung unter gutem Glas gerahmt" kaufen für seinen Hausaltar. Die Preise sind dem preußischen Wahlrecht entsprechend dreiklassig. Die Parias zahlen 1 Mk., mit Rahmen 3 Mk. Die Durchwachsenen legen 2,75 bezw. 6,25 M. an. Die Bourgois, Villenbesitzer, Krawattensammler und Prinzessinnenbeschützer können Bilder für 4,50 bezw. 9 Mk. haben. Leser, du fragst mit Recht: „Ist das kein Personenkultus?" Gewiß, doch auch hier gilt: Wenn zwei dasselbe tun, dann ist's noch lange nicht dasselbe.

* * *

„**Wir wollen die Köpfe im friedlichen Sinne revolutionieren**, Blutvergießen liegt uns fern", so sagen die Sozialdemokraten in heuchlerischer Weise, um ihren wahren Charakter zu verbergen. Das Beweismaterial für die Unwahrhaftigkeit dieser Behauptung liefern die Genossen selbst. Der „Vorwärts", das sozialdemokratische Zentralorgan, schenkt ausnahmsweise seinen Lesern einen „historischen" Kalender. Darin wurden mit peinlichster Genauigkeit alle dunklen Punkte der Weltgeschichte zusammengetragen. Jede Revolution und jeder Putsch ist mit Tag und Datum eingezeichnet. Kein Königsmord fehlt. Ja, selbst der Mordbrenner Ferrer ist mit „historischer" Treue verewigt und noch eine ganze Reihe ähnlicher Bombenwerfer und Messerstecher. Du fragst „warum geschieht das?" Jedenfalls, um mit Bomben, Kugeln, Guillotinen, Messern und ähnlichen Mordwerkzeugen die „friedliche" Revolution vorzubereiten.

* * *

Auf Grund ihrer Lehren und ihres Programms ist die Sozialdemokratie die Totfeindin der bestehenden staatlichen Ordnung, an deren Beseitigung sie mit ganzer Kraft arbeitet. Dadurch zwingt sie die Regierung, Gegenmaßregeln zu ergreifen. Eine Regierung, die noch etwas auf sich hält, kann deshalb nicht mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten und ihr Einfluß auf die Gesetzgebung zugestehen. Die sozialdemokratische Partei hat denn auch keinerlei Einfluß auf die Regierung. Ihr Programm hindert sie daran. Der erste Führer der Partei, „Genosse" Bebel, sprach dies auf dem Parteitag in Jena (1905) unter dem lebhaften Beifall der Parteitagsdelegierten offen aus:

„Wer jedoch glaubt, daß wir, die stärkste Partei im Lande, die zweitstärkste im Reichstage, einen entsprechenden Einfluß auf die Regierung ausübten, der urteilt vollkommen falsch. Eine Oppositionspartei kann, solange sie nicht die Regierung in die Hand bekommt, überhaupt keinen maßgebenden Einfluß ausüben. Wollt Ihr einen derartigen Einfluß, dann steckt Euer Programm in die Tasche, verlaßt Euern prinzipiellen Standpunkt, bekümmert Euch nur um rein praktische Dinge und wir werden als Bundesgenossen hochwillkommen sein."

Also das Programm, welches, nebenbei bemerkt, von den eigenen Parteigenossen als unhaltbar und total falsch bezeichnet wird, ist schuld daran, daß die sozialdemokratische Partei keinen Einfluß auszuüben vermag. Wir christlichen Arbeiter wollen aber durch die Abgabe unseres Stimmzettels Einfluß erlangen. Darum muß am Wahltag im ureigensten Interesse der Arbeiter die Parole lauten: Keine Stimme der Sozialdemokratie!

* * *

Paul Kampfmayer, ein angesehener sozialdemokratischer Schriftsteller, erklärte 1902 in den „Sozialistischen Monatsheften:

1. „Stellt man sich vor, daß von 1895—1900 eine Milliarde 729 Millionen und 45 Tausend Mark von den deutschen Krankenkassen für die Krankenfürsorge verausgabt wurden, so erhält man einen klaren Begriff von den Leistungen, welche zur Wiederherstellung der Gesundheit der Arbeiter aufgewendet wurden."
2. „Ohne die deutschen Krankenkassen wären Hunderttausende deutscher Arbeiter aus Mangel an Krankenunterstützung frühzeitig zu Grunde gegangen."
3. „Man vergegenwärtige sich, wie ungeheuer die deutsche Arbeiterbevölkerung belastet worden wäre, wenn sie seit Bestehen der Unfallversicherung für 927 813 Verunglückte die Unfallrente aufbringen müßte. Wohl oder übel hätten Tausende von Proletarierfamilien die verunglückten früheren Ernährer selbst durchschlagen müssen. In diesem Falle wären sie mit Millionen belastet worden."

Demgegenüber halte man die Tatsache, daß die Sozialdemokratie gegen alle die Gesetze stimmte, die den Arbeitern die vorgenannten öffentlich-rechtlichen Einrichtungen brachte. Kein vernünftiger Arbeiter wird deshalb seine eigenen Interessen mit Füßen treten und einem Sozialdemokraten seine Stimme geben.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zuzug fort.

Dortmund-Annen. Ueber die Gießerei der Firma Krupp in Annen ist die Sperre verhängt.

M.-Gladbach. Die Firma Scheidt und Bachmann, Eisenbahnsignal-Bauanstalt und Eisengießerei, hat ihre gesamte organisierte Arbeiterschaft ausgesperrt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Meppen. Die Meppener Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes — gesperrt.

Twistringen. Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Zuzug von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

Solingen-Haan. Bei der Firma Hofeinz & Co., Maschinenfabrik sind wegen Maßregelung Differenzen ausgebrochen. Zuzug von Schlossern, Hoblern, Fräsern und Bohrern ist fernzuhalten.

Gevelsberg. Die Arbeiter der Firma Gebr. Schürhoff, Werkzeugfabrik, stehen zwecks Beseitigung von Mißständen und Durchführung einer Lohnerhöhung im Streik.

Krefeld. Sämtliche Gießereiarbeiter der Firma Schröers stehen im Streik. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Trier. Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrags sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner- und Installationsbranche gesperrt. Zureisende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hosenstraße 12 zu melden.

Hamm i. Westf. Bei der Firma Kerkmann stehen die Schleifer in einer Bewegung. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Zuzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 14. Januar 1912 der dritte Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 20. Januar 1912 fällig.

Aus dem Verbandsgebiet.

Münster in Hessen. Einen schönen Verlauf nahm unsere am 1. Januar im Gasthause „Zur Stadt Mainz" abgehaltenen Versammlung mit Familienangehörigen. Nach einer herzlichen Begrüßung der erschienenen Kollegen, ihren Angehörigen und der geladenen Gäste brachte die Tochter eines Kollegen einen eigens zu diesem Anlaß verfaßten Willkommensgruß zum Vortrag. Sodann nahm Herr Kaplan Kampf von hier das Wort zu einem ebenso lehrreichen wie interessanten Vortrag über die Arbeiterschutzgesetzgebung. Im Verlaufe seiner Ausführungen wies der beliebte Redner auch besonders auf die dringende Notwendigkeit der christlichen Organisation hin und wie es eine Pflicht der erlaubten und gebotenen Selbst- und Nächstenliebe sei, seine Arbeits- und Lohnverhältnisse zu bessern. Dies letztere zu erreichen, müsse und könne nur Aufgabe einer organisierten und geschulten Arbeiterschaft sein, die selbst gegebenenfalls bei Nichtbeachtung aller vorgeschlagenen und angewandten friedlichen Mittel, auch durch das Mittel des Streiks ihren berechtigten Forderungen den nötigen Nachdruck geben könne. Solche Kämpfe in gerechter und erfolgreicher Weise zu führen, seien ganz besonders die christlichen Gewerkschaften in der Lage, wie es ihre erfolgreiche Vergangenheit beweise. Er (Redner) selbst stelle sich voll und ganz auf seiten der christlichen Gewerkschaften und freue sich, wenn dieselben stets an Mitgliederzahlen und Erfolgen gewinnen — und dadurch die Lage der Arbeiterschaft gebessert und gesichert werde. Der reiche Beifall der Anwesenden bewies, wie freudig diese Ausführungen aufgenommen und gewürdigt wurden.

Der Vorsitzende unserer Ortsgruppe ergriff sodann das Wort zu einem Rückblicke auf das verflossene Jahr. Er beleuchtete die Aufgaben und Pflichten eines christlichen Arbeiters und wie besonders die Verbandskollegen ihre Standes-, Berufs-, Verbands- und sozialen Pflichten aufzufassen und als freie Männer und Christen in der Oeffentlichkeit zu vertreten und auszuüben hätten. Auch diese Worte hatten eine gute Aufnahme bei der Versammlung gefunden. Nachdem dann die als Gäste anwesenden beiden geistlichen Herren sich unter dem Dank der Anwesenden verabschiedet, blieb die Versammlung noch eine Weile zu anregendem Gedankenaustausch zusammen und trennte sich schließlich mit dem Vorsatze, die erhaltenen Anregungen im neuen Jahre für unsere Sache fruchtbar zu machen.

Mögen die Worte aus berufenem Munde auch von der christlichen Metallarbeiterschaft Münsters gehört und beherzigt werden; mögen alle dem Verbande noch fernstehenden christlichen Arbeiter das Gebot der Selbst- und Nächstenliebe durch praktische solidarische Selbsthülfe zur Verbesserung ihrer Lebenslage verwirklichen im Beitritte zum christlichen Metallarbeiterverband, dessen erfolgreiche Tätigkeit für die entschiedene Wahrung der Interessen seiner Mitglieder bürgt.

Neheim. Seitens des hiesigen christlichen Gewerkschaftskartells ist für die Wintermonate ein Unterrichtskursus eingerichtet worden. Die Unterrichts- und Diskussionsabende finden in jeder Woche Dienstags abends im Lokale Wiese, Apotheker- und Mühlenstraßen-Ecke statt. Das Programm umfaßt folgende Punkte:

1. Winke für die Versammlungspraxis und Vortragsdisposition.
2. Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands im vorigen Jahrhundert.
3. Ursprung und Ziele der Gewerkschaften.
4. Die freien (soz.) Gewerkschaften.
5. Die deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker).

7. Gelbe Gewerkschaften und katholische Fachabteilungen.
8. Arbeitgeberverbände.
9. Unternehmungsformen.
10. Die Gewerbeordnung.
11. Notwendigkeit und Einrichtung der Gewerbegerichte.
12. Die Reichsversicherungsordnung (Allgemeines).
13. Die Krankenversicherung und die Aufgaben der Krankenkassenvertreter.
14. Die Unfallversicherung.
16. Witwen- und Waisenversicherung.
17. Rechte und Pflichten des Gewerkschaftlers.
18. Gewerkschaftliche Agitation und die Mitarbeit unserer Kollegen.

Unsere Mitglieder werden gebeten, sich eifrig und pünktlich am Kursus zu beteiligen.

Bromberg. Am Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 3½ Uhr hält unsere Ortsgruppe im Verbandslokale „Schützenhaus Westend" eine öffentliche Versammlung ab. Auf der Tagesordnung sind vorgesehen: 1. Vortrag des Kollegen Gaikowski-Danzig über die Reichsversicherungsordnung, 2. Diskussion. Es ist Ehrensache für jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen und für einen Massenbesuch Sorge zu tragen. Arbeiter und Arbeiterinnen aller Berufe sind freundlichst eingeladen; insbesondere die Mitglieder der Bruderverbände und der konfessionellen Arbeiter-, Männer- und Jünglingsvereine.

Andernach. Auch unser altes schönes Rheinstädtchen hat jetzt eine verhältnismäßig starke Ortsgruppe des Verbandes. Annähernd zwei Drittel der gesamten hiesigen Metallarbeiter sind unserem Verbande bereits angeschlossen. Es muß nun Aufgabe der Kollegen sein, auch den letzten Metallarbeiter für unsere Sache zu gewinnen. Die im vorigen Monat stattgefundene Ortskrankenkassen-Vertreterwahl hat bewiesen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Andernach gleichfalls schon einen großen Anhang zählen. Wenn auch die Liste der christlich-nationalen Arbeiter von 60 Stimmen, die bei der vorletzten Wahl für dieselbe abgegeben wurden, auf 218 Stimmen bei dieser Wahl gestiegen ist, so kann und darf uns das nicht befriedigen. Immer und immer wieder hört man hier am Rhein, auch in Andernach, besonders von älteren Arbeitskollegen, die Aeußerung: „Ach, die Verhältnisse sind hier so, daß keine Organisation notwendig oder möglich ist!" Man sollte aber doch meinen, das Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen, resp. der Sieg der Genossen bei der Krankenkassenwahl beweist, daß die „Verhältnisse" dazu da sind, überwunden zu werden. Besonders ihr jugendlichen Kollegen seid Pioniere für unseren Verband, achtet nicht die Zahl und Stärke der Gegner, sondern beweist, wie ihr es ja lobenswerter Weise bisher getan, daß ihr nicht gewillt seid, eure christliche Ueberzeugung einem Zukunftstraum zum Opfer zu bringen. Also auf, Kollegen, an die Werbearbeit für den Verband.

Hamm (Westf.). In der Nr. 44 unseres Verbandsorgans vom vorigen Jahre konnten wir berichten, daß die Bewegung der Feinzieher der „Westfälischen Drahtindustrie" Abteilung C beendet sei. Von langer Dauer war der Friede leider nicht. Der Hauptdifferenzpunkt, das Durchteilen der Ringe, war ja beseitigt. Unklarheit bestand jedoch noch über das Bezahlen derjenigen Ringe, die die Nummer nicht gehabt. Am Monatsschluß wurde den Kollegen dann auf einmal bedeutet, daß für diese Drähte ein Abzug von 10 Prozent eintreten solle. Diese Mitteilung in Verbindung mit anderem Zündstoff mehr persönlicher Natur veranlaßte die Feinzieher, zum zweiten Male die Arbeit niederzulegen. Nach mehrmaliger Verhandlung sollte der Abzug auf 5% ermäßigt werden. Darauf wollten die Kollegen zunächst nicht eingehen, wobei der verbleibende Abzug wohl weniger bestimmend wirkte, wie die Erbitterung, die sich der Kollegen infolge der kleinlichen und schikanösen Behandlung bei Abnahme der Drähte bemächtigt hatte. Nach nochmaligen Verhandlungen und nach der Zusage der Betriebsleitung, bezgl. der oben dargelegten Verhältnisse einen Personenwechsel eintreten zu lassen, wurde die Arbeit vollzählig wieder aufgenommen. Es ist zu hoffen, daß durch diese neue Regelung der im Betrieb angehäufte Konfliktsstoff beseitigt ist und daß in Zukunft ein ersprießliches Zusammenarbeiten stattfindet.

Einige durch das Zusammentreffen eigenartiger Umstände hervorgerufenen Mißverständnisse und eine dabei vorgekommene kleinere Disziplinverletzung der Kollegen waren der äußere Anlaß, daß auch wieder mal „Genosse" Bormann, der in seiner Art „einzige", auf dem Plane erschien, um im Trüben zu fischen. Der Mann, seines Zeichens Bevollmächtigter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, gilt bei der hiesigen Metallarbeiterschaft nachgerade als „komische Figur". Der einzige, der den Mann hier noch ernst zu nehmen scheint, war der neue Hirsch-Dunckersche Beamte. Nach seinem Benehmen in der Versammlung und seiner Schreiberei in der „Westdeutschen Post" kann man wenigstens zu dieser Ansicht kommen. Jedoch können wir es dem Hauptvorstand des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins überlassen, diesen Neuling über das Verfehlte oder Uebereilte seiner „Taktik" bei dieser Gelegenheit zu belehren. Die „Liebenswürdigkeiten" in der „Westdeutschen Post" können wir um so mehr auf sich beruhen lassen, als die Hammer Drahtzieher wissen, daß ihre Interessen im christlichen Metallarbeiterverband mit aller Entschiedenheit wahrgenommen werden.

Diese letztere Tatsache hat's denn auch besonders dem Genossen Bormann angetan. Das sieht man schon von weitem dem Erguß an, den dieser Genosse in der letzten Nr. der roten „Metallarbeiterzeitung" vom Stapel läßt. Unsere Kollegen werden sich erinnern, daß der Vorsitzende des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Alexander Schlicke, in einem Briefe an den Genossen Freytaler-Berlin einmal folgendes Urteil über die sozialdemokratische Erziehungsmethode gefällt hat:

„Jedem Menschen, und sei es der dümmste und unaufrichtigste auf der Welt, einzureden: bloß weil du Menschenantlitz trägst, kannst du jeden anderen ersetzen, bist du befähigt, dieses oder jenes zu leisten, verstehst du alles, das ist nicht das Mittel, um einsichtige und vernünftige Leute heranzubilden. Das ist das Mittel, mit dem man Frösche aufbläst."

Wir sind der festen Ueberzeugung, wenn Schlicke damals seinen Jünger Bormann in Hamm schon gekannt hat, wird er beim Niederschreiben des obigen Urteils zu allererst an den gedacht haben. Genosse Bormann ist nämlich das personifizierte Produkt der in den obigen Darlegungen Alexander Schlickes geschilderten sozialdemokratischen Erziehungsmethode.

Wenn solcher Art „Frösche" sich nun darüber erregen, daß andere Leute kein Verständnis für ihr Lebens- und Lieblingselement bekunden, so ist das weiter nicht tragisch zu nehmen. Wir können es uns deshalb schenken, auf den „Froschsingsang" des Genossen Bormann in der „Metallarbeiterzeitung" im einzelnen einzugehen. Die christliche Arbeiterschaft kennt diese Töne zur Genüge und weiß, daß sie aus dem „Sumpfe" kommen. Derlei Locktöne reizen sie nicht. Freilich, Genosse Bormann ist unschuldig an diesem seinem Mißgeschick — vielleicht hat man im roten Olymp endlich ein Einsehen und verpflanzt ihn in einen der größeren Sümpfe, wo seine Töne das ersehnte dankbare staunende Publikum finden. Zweifellos versteht Bormann von der sozialdemokratischen „Taktik" mindestens soviel, wie der „große Taktiker" Cohen in Berlin. Hätten ihn die Christlichen in Hamm nur gewähren lassen, er hätte mit derselben Schneidigkeit seinen Drahtzieherkrach fertiggekriegt, wie der große Cohen seinen Berliner Formerkrach. — Nur schade, daß die christlich organisierten Drahtzieher für positive Erfolge schwärmen und für die „Taktik" Bormanns und die gepriesenen „Schönheiten" des roten Sumpfes kein Verständnis haben.

Flensburg. Die am 23. Dezember getätigte Wahl des Arbeiterausschusses auf der Flensburger Schiffswerft brachten auch in diesem Jahre wieder einen Erfolg für die Liste des christlichen Metallarbeiterverbandes. Nach den Hamburger Abmachungen vom Jahre 1910 wurde auf den Werften die Verhältniswahl für die Arbeiterausschüsse eingeführt, um auch der Minderheit Gelegenheit zu geben, ihre Rechte und Wünsche selbst vertreten zu können. Nach Maßgabe der Anzahl der beschäftigten Arbeiter waren seitens der Arbeiterschaft 6 Mitglieder in den Arbeiterausschuß zu wählen. Bei der Wahl entfielen auf die christliche Liste 142 Stimmen, 1 Vertreter; die sozialdemokratische Liste erzielte 944 Stimmen und 5 Vertreter; 111 Stimmen waren ungültig. Die Werftleitung hatte 5 Vertreter für den Arbeiterausschuß zu ernennen; sie entnahm davon 3 Vertreter der Vorschlagsliste der christlichen Gewerkschaften und 2 von der Liste der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Unser Arbeiterausschuß besteht demnach zurzeit aus 4 christlich und 7 sozialdemokratisch organisierten Kollegen.

Dieses Resultat der Arbeiterausschußwahl paßt nun den Hauptstreithähnen unter den Genossen ganz und gar nicht. Ihre Parole war: Kampf gegen die christliche Liste! Durch auffällige Plakate und Tausende von Flugblättern wurden die Genossen angefeuert, in die Wahlschlacht zu ziehen und die Christlichen niederzusiegen. Alles wurde aufgeboten, um die Wahl eines christlichen Vertreters zu verhindern. Die diesjährige Wahl dürfte indessen den Genossen gezeigt haben, daß die kleine Schar im kalten Norden nicht so leicht zu sprengen ist. Die christlichen Arbeiter lassen sich eben von den Genossengrößen keinen Dunst vormachen; sie wissen aus Erfahrung, wer in Wirklichkeit die Interessen der Arbeiterschaft mit Erfolg vertritt.

Im neuen Jahre ist es Pflicht eines jeden christlichen Gewerkschaftlers, wieder ganz auf dem Posten zu sein. Es muß uns gelingen, alle unserer Bewegung noch fernstehenden gleichgesinnten Arbeiter zu gewinnen und sie als Mitstreiter der christlichen Gewerkschaftsbewegung zuzuführen.

Briefkasten

An L. in D. und Andere. Anläßlich der letzten Arbeitslosenstatistik sind eine Reihe von Reklamationen an die Hauptgeschäftsstelle gelangt, wonach die Zustellung einer Zählkarte nicht erfolgt sei. Diese Zählkarten sind im Dezember zugleich mit den Abrechnungslisten und Formularen versandt worden. An verschiedenen Orten scheint das beim Oeffnen der Sendung übersehen worden zu sein, da die Karten in die großen Listen hineingelegt waren. Sollten die Zählkarten aber trotzdem in Zukunft am Monatsschluß noch nicht in Händen der Zahlstellenvorsitzenden sein, dann ist es Pflicht der Betreffenden, dies direkt zu melden. Die Statistik muß auf alle Fälle rechtzeitig festgestellt werden. Wenn nun die Zählkarte am 4. Tage des Monats an der Zentrale noch nicht eingelaufen ist, erfolgt umgehende Mahnung. Um solche allen Beteiligten unangenehme Reklamationen zu vermeiden, mögen die Zahlstellenvorstände obiges allmonatlich genau beachten.

An Mehrere. Im Versammlungskalender der vorliegenden Nr. sind nur die Versammlungen resp. Generalversammlungen bekannt gegeben, die bis Sonntag, den 21. dss. Mts. einschließlich abgehalten werden. Die späteren der Redaktion schon bekannt gegebenen Versammlungen werden ebenfalls rechtzeitig veröffentlicht werden.

Geldeingänge bei der Hauptkasse.

— Monat Dezember 1911. —

Solingen 100,— M., Singen 150,—, Oberursel 349,28, Tuderstadt 45,68, Wasseralfingen 500,—, Amern 250,—, Freiburg 150,—, Bromberg 33,86, Rendsburg 32,51, Ramsen 41,—, Neheim 1130,—, Schwelm 1100,—, Euskirchen 33,17, Werdohl 150,—, Flensburg 300,—, Salbke 210,56, Schweinfurth 200,—, Wiesbaden 2,55, Hagen 550,—, Rheinfelden 42,25, Ulm 150,—, Stuttgart 300,—, Nürnberg 600,—, Neisse 67,30, Hannover 230,—, Ramsen 11,80, Haltern 10,—, Dortmund 800,—, Mülhausen i. E. 200,—, Eßlingen 100,—, Stuttgart 100,—, Pforzheim 600,—, Würzburg 79,45, Sinsheim 81,60, Neheim 1000,—, Bonn 150,—, Hannover 200,—, Hamm 1000,—, Barmen 800,—, Niederreisenberg 170,—, Gelsenkirchen 800,—, Hagen 1000,—, Düsseldorf 4079,70, Frankfurt a. M 700,—, Aachen 1200,—, Flensburg 200,—, Bremerhaven 71,13, Hannover 200,—, Krefeld 290,12, Bochum 200,—, Chemnitz 150,—, Hönningen 20,—, Zweibrücken 50,—, Solingen 1000,—, Schramberg 200,—, Olpe 352,78, Oker 150,—, Essen 3000,—, Duisburg 700,—.

Sterbetafel.

†

Verlautenheide. Am 28. Dezember starb unser langjähriger und treuer Kollege Heinrich Mommertz an einem Magenleiden im Alter von 34 Jahren.

Herford. Am 2. Januar starb unser Kollege Friedrich Berg im Alter von 24 Jahren infolge eines Betriebsunfalles.

Duisburg-Meiderich. Am 26. Dezember starb der jugendliche Kollege Johann Kühlen im Alter von 16 Jahren an Lungenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen!
Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Freitag den 12. Januar.

Haltern. Abends 8.30 Uhr bei Gottfried Böhmer.

Samstag, den 13. Januar.

Altenvörde. Abends 8.30 Uhr bei Leeser, am Brink.
Barmen. Abends 8.30 Uhr mit Frauen bei Lindermann, Oberdörnerstr. 69. Ref.: Herr Dr. Rüß: „Die Berufskrankheiten und deren Verhütung. Erscheinen ist Pflicht aller Kollegen!
Berlin-Norden. Abends 8.30 Uhr bei Thiede, Hussittenstr. 4—5.
Bochum-Klempner. Abends 8.30 Uhr bei Wirt Hugo Schatz (Alter Markt).
Dortmund-Dorstfeld. Abends 8 Uhr bei Sturm.
Düsseldorf-Derendorf. Abends 9 Uhr bei Querling, Ecke Münster- und Barbarastraße.
Düsseldorf-Holthausen. Abends 9 Uhr bei Blau, Düsseldorferstr. 232,
Düsseldorf-Wersten. Abends 9 Uhr bei Heckhausen, Kölnerldstr. 260
Essen-Huf- und Wagenschmiede. Abends 7 Uhr bei Kühler, am Rathaus.
Eßlingen. Abends 8 Uhr im Lokal „Alte Krone".
Eisenach. Abends 8.30 Uhr im Weimarischen Hof.
Haspe. Abends 8 Uhr bei E. Brinker, Kölnerstraße.
Köln-Stadt. Abends 9 Uhr im Bierefel, Breitestr.
München. Abends 8 Uhr im Gasthaus „Leopoldsstadt". Senefelderstraße. Ref.: Herr Sekr. Hampp.
Nürnberg-Jugendliche. Abends 7 Uhr im Gesellenhospiz, Tafelhofstraße 7.
Stuttgart-Zuffenhausen. Abends 8.30 Uhr in der Traube.
Velbert. Generalversammlung, abends 8.30 Uhr bei J. Fehlinger Kirchstr. Keiner darf fehlen.

Sonntag, den 14. Januar.

Andernach. Vorm. 11 Uhr im Hotel Hammer.
Bochum II. Morgens 11 Uhr bei Lasch (am Moltkemarkt).
Bromberg. Nachm. 3.30 Uhr im Schützenhaus „Westend", öffentliche Versammlung.
Coblenz. Nachm. 4 Uhr bei Stein Clemensstr.
Dortmund-Barop. Vorm. 11 Uhr bei Wwe. Schnittker.
Dortmund-Werne. Nachm. 5 Uhr bei Teklenberg.
Düren. Vorm. 11 Uhr bei Gohr in Nölsdorf.
Duisburg. Nachm. 5 Uhr Generalversammlung bei Giesen, Wanheimerstraße.
Dbg.-Bruckhausen. nachm. 2.30 Uhr bei Eckart, Kaiserstraße.
Dbg.-Hochfeldingen. Generalversammlung, vorm. 11 Uhr bei Schmitz
Düsseldorf-Eller. Vorm. 11 Uhr bei Haasevelt, Gumberstrr. 120
Düsseldorf-Herdt. Vorm. 11 Uhr bei Bössen, Crefelderstr. 81.
Düsseldorf-Oberkassel. Vorm. 11 Uhr bei Vossen, Uneallee 50.
Düsseldorf-Rüderich. Vorm. 11 Uhr bei Delmes-Meer.
Düsseldorf-Hilden. Vorm. 11 Uhr bei Leuchtenberg, Kaiser Wilhelmstr.
Essen-Klempner und Installateure. Vorm. 11 Uhr Frohnhauserstraße 19.
Essen-Altendorf. Abends 7 Uhr bei Wink.
Essen-Carnap. Nachm. 5 Uhr bei Hoppe.
Essen-Huttrop. Generalvers., abends 8 Uhr bei Stattrop.
Essen-Werden. Generalvers., vorm. 11 Uhr bei Pattberg.
Fröndenberg. Generalversammlung, nachm. 5.30 Uhr bei Surmann
Fulda. Nachm. 4 Uhr bei Gastwirt Krack, Harmerz bei Fulda.
Hagen-Altstadt. Generalvers., morgens 11 Uhr bei Eickhoff, Körnerstr.
Hagen-Eilpe-Delstern. Generalvers., nachm. 5 Uhr bei Wwe. Keller
Hannover-Sarstedt. Generalversammlung, nachm. 3 Uhr bei Kühne
Halle a. Saale. Generalversammlung, nachm. 3 Uhr bei Schotts Merseburgerstr. 9. Ref.: Koll. Reichert.
Horst-Emscher. Generalversammlung vorm. 11 Uhr bei Düsing.
Hönningen. Nachm. 4 Uhr bei Schlippermann.
Karlsruhe-Daxlanden. Vorm. 10.30 Uhr im Hirsch.
Karlsruhe. Generalversammlung, nachm. 3 Uhr im Palmgarten, Herrenstr. 34 a.
Köln-Sülz. Vorm. 11 Uhr bei Breuer, Berrenratherstr. 182.
Mülheim-Buchheim. Morgens 11 Uhr bei Busch.
Mülheim-Merheim. Morgens 11 Uhr bei Schuhmacher.
Mülheim-Dellbrück. Morgens 11 Uhr im Versammlungslokal.
Sürth. Morgens 11 Uhr bei Offer,
Wetter. Generalversammlung, vorm. 11 Uhr Vereinshaus, Kaiserstr

Montag, den 15. Januar.

Gebweiler. Generalversammlung, abends 8.15 Uhr. T.-O.: Vortrag des Kollegen Beltz, Kassenbericht, Vorstandswahl, Verschiedenes Jeder Kollege muß zur Stelle sein.
Recklinghausen. Abends 6.30 Uhr bei Waltenbauer.
Wermelskirchen. Abends 8.30 Uhr im Saale von Rudolf Wild, Markt, gemeinsame Versammlung aller christlich organisierten Arbeiter. Erscheinen Pflicht.

Samstag, den 20. Januar

Berlin. Abends punkt 8.30 Uhr im neuen Gesellenhaus, Wilhelmstr. 12a Vortrag des Herrn Dr. Andler: „Bodenreform in ihrer Beziehung zur Gewerkschaftsarbeit". Vollzähliges Erscheinen Ehrenpflicht!
Berlin. Jeden 3. Samstag im Monat allg. Mitgliederversammlung
Düsseldorf-Altestadt. Abends 9 Uhr bei Bender, Andreasstraße.
Düsseldorf-Benrath. Abends 9 Uhr bei Lampenscherf, Mittelstraße
Düsseldorf-Bilk-Friedrichstadt. Abends 9 Uhr bei Mengwasser (Inhaber Paar) Bilkerallee, Ecke Kronenstr.
Elberfeld. Generalversamml., abends punkt 8.30 Uhr bei Herkenrath Klotzbahn.
Flensburg. Generalversammlung, abends 8.30 Uhr bei C. Rabe Marienstraße 1. (Neuwahlen.)
Hagen-Vörderheide. Generalvers., abends 8 Uhr bei Hennemann.
Hannover-Wülfel. Generalversamml., abends 8.20 Uhr in Döhren bei Christoph Lorch.
Ingolstadt. Generalvers. abends 8 Uhr. T.-O.: Kassenbericht. Jahresbericht, Neuwahlen, Verschiedenes.
Köln-Deutz. Generalvers., abends 9 Uhr, Zur Krone, Freiheitstr. Ref. Koll. Bußmann.
Milspe. Abends 8.30 Uhr bei Ed. Rosendahl, Vörderstr.
Nürnberg. Abends 8 Uhr allgemeine Verwaltungs- und Vertrauensmännersitzung im Gesellenhospiz
Ostheim. Abends 9 Uhr bei Schmitz.
Stuttgart. Abends 8 Uhr im römischen König.
Stutgart-Cannstatt Abends 8.30 Uhr im Lokale „Alter Hase".

Sonntag, den 21. Januar.

Bochum-Weitmar. Morgens 11 Uhr bei Paul Korell.
Burgbrohl. Nachm. 3 Uhr in der Wirtschaft Strang.
Düsseldorf-Flingern. Vorm. 11 Uhr bei Schmalbauch, Birken-, Ecke Wülfratherstraße.
Düsseldorf-Gerresheim. Vorm. 11 Uhr im „Roten Hahn", Gräulingerstraße.
Düsseldorf-Erkrath. Vorm. 11 Uhr bei Schlichting, Kreuzstraße.
Düsseldorf-Rath. Generalvers., nachm. 3 Uhr, bei Joh. Schulten Münsterstraße.
Düsseldorf-Neuß. Generalversammlung, nachmittags 4 Uhr.
Essen-Jugendklasse. Nachm. 4 Uhr bei Wink, Altendorferstr. 299 Lichtbildervortrag.
Fulda. Nachm. 4 Uhr bei Gastwirt Hartung, Petersberg bei Fulda
Gelsenkirchen-Hüllen. Generalversammlung, nachm. 4.30 Uhr bei Nachbarschulte.
Hagen-Wehringhausen. Morgens punkt 11 Uhr bei Simon.
Haspe. Nachm. 4 Uhr Jugendversamml. bei E. Brucker, Kölnerstr
Hannover-Peine. Generalversammlung, nachm. 4 Uhr bei Statz.
Karlsruhe. Nachm. 3 Uhr mit Frauen im Cafe Nowack, unterer Saal
Köln-Brühl. Generalversammlung 5 Uhr bei Griesberg, Uhlstr. 8 Ref. Koll. Bußmann.
Köln-Kalk. Morgens 11 Uhr bei Höntgesberg, Brenerstr.
Köln-Humboldt-Kolonie. Morgens 11 Uhr bei Huth, Wattstraße Ref. Koll. Bußmann.
Lüdenscheid. Nachm. 5 Uhr mit Familienangehörigen bei E. Diemer Wilhelmstraße.
Mülheim-Holweide. Morgens 11 Uhr, Jugendversammlung.
Neuwied. Vorm. 11 Uhr im Lokale „Drei Schweizer".
Olsberg. Generalversammlung, nachm. 3.30 Uhr bei Hellermann in Bigge.
Schwabach. Generalversammlung nachm. 3 Uhr bei Feuerbein Ringstr. 5. Ref. Koll. Konrad.
Troisdorf. Generalvers., vorm. 10.30 Uhr bei Oberscheid. Ref. Koll Bußmann.

* * *

Hannover. Die Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit wird von jetzt ab im Büro, Kanonenwall 16, Freitags abends von 6—8 Uhr ausgezahlt.

Verlag: Franz Wieber. Druck: „Echo vom Niederrhein", G. m. b. H. Verantwortlicher Redakteur: Friedrich Kraus sämtlich in Duisburg.